

Arbeiter-Zeitung

Morgen Kampftag der 3 Generationen
Überall organisiert Kundgebungen der 3 Generationen
Schickt Delegationen der Arbeiterkinder und Arbeiter-
eltern zu den Gemeindefunktionen mit den Forderungen
für die Kinder der Werktätigen

Tageszeitung der KPD . Sektion der Kommunistischen
Verbreitungsgebiet Ostachsen . Beilagen: Der rote Stern . Rund um den Er
Bezirk Sachsen
Früheres Feuilleton . Das Bild der Woche

8. Jahrgang
Dresden, Donnerstag den 6. Oktober 1932
Nummer 228

Streikflieg in der „Gardine“ Dobrik

Eintägige entschlossene Streikaktion der Dobriker Textilarbeiterinnen zwingt den Unternehmer zur Zurücknahme der Entlassungen und des Lohnabbaues . Die Neugersdorfer Textiler rücken in die Kampffront ein . Vorwärts zum Sieg!

Dresden, den 6. Oktober 1932

Der Streik in einigen Betriebsabteilungen der „Gardine“ in Dresden-Dobrik, über den wir schon gestern kurz berichteten, ist mit vollem Erfolg beendet worden. Die Betriebsleitung hat den Lohnabbau, der auf Grund der Notverordnung zwischen der 31. und 48. Stunde 30 Prozent betragen sollte, zurückgenommen. Heute morgen ist mit dem Beginn der Arbeitszeit die Arbeit wieder aufgenommen worden.

Nur einen Tag haben die „Gardine“-Arbeiterinnen gekämpft und schon waren die Unternehmer zum Zurückweichen gezwungen. Der Lohnabbau wurde abgewehrt. Die Betriebsleitung hatte am Mittwoch des Streiktages alle Streikenden freilassen. Doch die Arbeiterinnen kümmerten sich nicht darum. Die von der NSD für künftigen Nachmittags gegenüber jedem Lohnabbau alarmierten Arbeiterinnen verliehen sich auf ihre eigene Kraft und auf die Solidarität der übrigen Arbeiterkraft. Wenige Stunden später mußte die Betriebsleitung nicht nur die Entlassungen, sondern auch den Lohnabbau zurücknehmen.

Während des Streiks traten aber auch einige Mängel in Erscheinung. So unterließen es die Arbeiterinnen, sofort eine Streikleitung aus ihren eigenen Reihen zu wählen und sie über die Führung der Verhandlungen dem SPD-Betriebsratsvorsitzenden, der den DVB-Bürokraten Richter jagte. Nur so konnte es gelingen, daß bei den Verhandlungen das Bestreben gegeben wurde, die Streikenden in der nächsten Woche nacharbeiten zu lassen. Bei dem Schwung des Streiks, der die Betriebsleitung schon nach wenigen Stunden Streik zum Nachgeben zwang, verlor die Reaktion der Streikenden die Forderung erhoben werden, daß auch der schon früher in der Spinnweberei angeführte Lohnabbau mit zurückgenommen werde. Das wäre die beste Grundlage gewesen, die Streikfront auf den ganzen Betrieb auszuweiten.

Vorbildlich ist die Haltung der Bevölkerung in Dobrik und Reuben. Sofort nach Bekanntwerden des Streiks wurden von dem Solidaritätsausschuß und den revolutionären Massenorganisationen nach am selben Tage alle Vorbereitungen getroffen, um die Streikenden tatkräftig zu unterstützen.

Durch den siegreichen Streik der Arbeiterinnen, der ungefähr ein Drittel der Belegschaft umfaßte, ist die Bewegung in der „Gardine“ noch nicht beendet. Jetzt steht vor allem noch auf

der Tagesordnung die Abwehr des Lohnabbaues in der Spinnweberei. Die Gesamtbelegschaft muß gegen künftige Unternehmerrangriffe gerüstet sein und deshalb ihre Kampfbereitschaft noch verstärken.

Der siegreiche Kampf in den 6 Betriebsabteilungen der „Gardine“, hat erneut gezeigt, daß der Lohnabbau nur durch den Streik verhindert werden kann. Nur der von der NSD angelegte Weg führt zum Erfolg. Für alle Betriebe gilt weiter die Devise: Jeder Versuch, auch nur einen Pfennig vom Lohn abzuhauen, wird mit dem Streik beantwortet!

(Ausführlicher Bericht über den Streikverlauf in der „Gardine“, Dobrik, im Innern der heutigen Ausgabe.)

Streik der Neugersdorfer Textilarbeiter

So wie im Reich, so auch die Neugersdorfer Textilarbeiter unter Hinweis auf die Notverordnung den kürzlichen Lohn um 12,5 Prozent abzuhauen. Die Belegschaft der Firma August Hoffmann ist durch einstimmigen Beschluß in den Streik getreten.

Nach ergebnisloser Verhandlung hat die 348 Mann starke Belegschaft demokratisch den Betrieb verlassen. Hunderte Einzelkämpfer haben an der ersten Streikversammlung teilgenommen. Die Kampfleitung ist im Werke.

Vertreter des Betriebsrates und der NSD wurden einstimmig seitens der Streikenden in den Kampfanschluß gedrängt.

Die streikenden Textilarbeiter rufen die gesamte Arbeiterkraft an sich in die Kampffront gegen Lohnabbau und Spinnwebverordnung einzurücken.

In der eigenen Schlinge gefangen

Von Fritz Seibmann

Ein wichtiger Bestandteil der sozialdemokratischen Politik in der Gegenwart ist die Durchführung großer, meist parlamentarischer Manöver, um die Massen der Arbeiter von der Teilnahme umfassender, außerparlamentarischer Kämpfe abzuhalten und um insbesondere die Herausbildung einer kämpfenden proletarischen Einheitsfront auf der Grundlage des revolutionären Klassenkampfes zu verhindern. Ein solches Manöver ist die neue Sozialistischer Agitation der Sozialdemokratie, die Propagierung des „Staatskapitalismus“ und der Sozialisierung der „angemessener Entlohnung“ der Kapitalisten. Ein solches Manöver ist das sozialdemokratische Volksbegehren gegen die Wapen-Notverordnung. Ein solches Manöver ist das Angebot der SPD auf Abfederung bei den bevorstehenden Kommunalwahlen.

Die Chemnitzer Volksturner verriet von vornherein abwas vorläufig den Zweck des Manövers, indem sie am 24. September schrieb:

„Treten die Kommunisten nicht auf diese abjektive Basis, dann werden sie im Wahlkampf schicksallos als Vertreter des Proletariats gebrandmarkt werden.“

Die SPD wollte uns also entlassen und gleichzeitig einen Schlag führen gegen die revolutionäre Kampfring-Einheitsfront. Und nun ist die SPD reiflos enttäuscht und erobert darüber, daß ihr dieses Entlassungsmanöver, von dem sie sich so viel versprochen, nicht geliebt ist. Die Leipziger Volksturner versucht deshalb schnell zu retten, was noch ihrer Meinung nach zu retten ist. Sie drückt den Beschluß unserer Parteiarbeiterkonferenz vom 2. Oktober ab, der ihr gezeigt hat, daß bei anderer Stellungnahme zu dem Manöver der SPD die Auffassung der gesamten Parteiorganisation abzuwiegeln ist und nicht daraus vorläufig den Beschluß, daß mit diesem Beschluß das Angebot der SPD auf Abfederung abgelehnt ist. Das ist nicht richtig — es ist denn, daß die SPD ihre verantwortliche Antwort auf unsere an sie gestellten neuen Fragen damit umschreiben will — denn natürlich heißt es in diesem Beschluß lediglich, daß die Delegierten aller Parteimitglieder die bisherige Stellungnahme der Führung der Partei in Sachsen zu dem sozialdemokratischen Manöver billigen und ihr Vollmacht über die weitere Entscheidung erteilen. Die NS braucht aber diese Auslegung des Beschlusses, um ihre folgende Schlussfolgerung anzubringen:

„Der Beschluß richtet sich also gegen eine Abfederungsverbindung mit der SPD. Seibmann wird sich nun Mühe geben, die Abfederung zu einer „sicherlichen Entlassung“ der SPD zu machen. Das ist aber gar nicht notwendig; denn die Regeln sind schon entworfen.“

Doch genau: Sie werden sofort leben, wer entlassen ist. Es ist vorausgesetzt, daß es uns bei unserem ersten Eingehen auf das Angebot der SPD weniger auf Entlassung ankomme, als darauf, die entscheidenden Fragen einer proletarischen Klassenpolitik in den Kommunalparlamenten und der proletarischen Einheitsfrontpolitik vor der gesamten kämpfenden Arbeiterkraft zu stellen.

Die SPD manövrierte in ihrem Angebot mit dem Argument der sozialdemokratisch-kommunistischen Mehr-

Gegen die Unterdrückung der roten Presse

und des Verbot der roten Jahne haben die Parteiarbeiter des Infraktionsgebietes Ostschl. folgende Entschlossenheit angenommen:

„Die heute am 4. 10. 32 tagende Parteiarbeiterkonferenz für das Infraktionsgebiet Ostschl. protestiert ganz entschieden gegen das unerhörte Verbot gegen die sozialdemokratische Presse und gegen besonders gegen das unerhörte Verbot des Infraktionsgebietes der KPD, die rote Jahne, durch den Polizeikommissar Richter, Berlin. Sie fordert die sofortige Aufhebung des Verbots. Sie gelobt, die sozialdemokratische Presse mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu unterstützen.“

Die Kommunisten und die revolutionären Arbeiter zeigen, daß sie

den Worten auch die Tat folgen lassen

Es wurden in den letzten Tagen in Chemnitz 3 neue Exemplare in 2 Exemplare neue Exemplare gegeben. Wichtig ist, daß es eine neue Kampfring-Einheitsfront gibt, die den Kampf um die Arbeiterklasse führt. Diese Kampfring-Einheitsfront ist die Grundlage für die Revolution und die Arbeiterklasse.

Nun um so stärkere Wirkung

Heraus zum roten Volkstongreß!

Am 14. Oktober tagt in Dresden ein roter Volkstongreß. In Freital, Pirna, Meißen und Radeberg treten rote Volkstongreße am 14. Oktober zusammen, die der Verhärterung der nationalsozialistischen Aktion auf der ganzen Front dienen. Für Dresden sind bereits etwa 200 Delegierte gewählt. In einer gestern stattgefundenen Versammlung der mittlerweile im Streik geliegten Textilarbeiterinnen von der „Gardine“, Dobrik, wurde eine Delegation zum Volkstongreß gewählt. Jetzt heißt es jede Gelegenheit zur vollkommenen Wahl von Delegierten auszunutzen.

Nachstehend veröffentlichen wir einen Appell an die Dresdner Betriebsräte, der auch zugleich als Appell zu allen am 14. und 16. Oktober stattfindenden Volkstongreßen angesehen werden kann:

An alle Betriebsräte der Dresdner Betriebe!

Werte Kollegen!

Die Durchführung der Wapennotverordnung hat in den verschiedenen Betrieben den Widerstand der Arbeiterkraft gegen die nationalsozialistischen Lohnabbaumaßnahmen herausgefordert. Auch in Dresden sind die Unternehmer dem und dem, in den Betrieben den Lohnabbau auf Grund der Notverordnung durchzuführen. Bei Seibel & Neumann, Hille-Werl, Wiskerow & Koch, Garbierfabrik Dobrik usw. hat der Unternehmer durch Beschlag den Lohnabbau bereits angeordnet. Schon haben einige Belegschaften an den Unternehmensverwaltungen gesandt und teilweise glänzende Siege im Kampf gegen die Durchführung der Wapennotverordnung errungen.

Die Arbeiterkraft des Hille-Werkes befindet sich bei Durchführung des Lohnabbaues in den Streik zu treten. Der Unternehmer mußte daraufhin den Lohnabbau zurückziehen. Auch in der „Gardine“ in Dobrik wurde die Durchführung der nationalsozialistischen Notverordnung durch streikenden Streik durchgegriffen!

Schon seit einiger Zeit haben auch eine Anzahl Dresdner Gewerbetriebe gleichzeitig im Streik gegen Lohnabbau.

Jetzt, wo alles auf die Herstellung der kämpfenden Einheitsfront ankommt,

über die SPD- und Gewerkschaftsführer ihre Aufgabe in der Abhaltung der Arbeiterkraft von jeglichen Kompromissen. Die Regeln verlangen dies deshalb, daß die neue Einheitsfront auf der Basis der gemeinsamen Forderungen, wie bei jeder Arbeiterkraft auf die kommunistische Verankerung am 4. Oktober in Dresden gezeigt hat, durchzuführen, und durch Streikver-

Diesem gemeinsamen Bessert an der Arbeiterkraft müssen die nationalen einheitsfronten entgegenwirken. Deshalb ist es jetzt unsere gemeinsame Aufgabe,

die Kampfbeispiele eines Teiles der Dresdner Arbeiterkraft auf alle Dresdner Betriebe auszu-

breiten. Wenn die Eisenbahner, Metallarbeiter, Straßenbahner, Textilarbeiter und alle sonstigen Branchen im gemeinsamen Kampf ihre eigene Verteidigung, dann wird die Durchführung des Lohnabbaues auf Grund der Notverordnung mit einem Schlag verhindert.

Um eine einheitliche, planmäßige Führung des Kampfes gegen die Wapennotverordnung herbeizuführen, organisieren wir für Freitag, den 14. Oktober, 19 Uhr, in der Ausstellung, Eingang Stübelsplatz, einen großen antinationalsozialistischen Volkstongreß

der die Aufgabe hat, alle kämpfendsten Kräfte der Betriebsarbeiterkraft, des Gewerkschaften und des westlichen Mittelstandes zu einer einheitlichen Kampffront zu planmäßig zusammenzuführen.

Wir erwarten von euch, daß ihr zu diesem Volkstongreß euer bestes im Arbeiter- und Gewerkschaftsbereich setzt zur Bekämpfung des Kampfes sowie zur Organisierung von Betriebsversammlungen, in denen Kampfmaßnahmen gegen die Wapennotverordnung ergriffen werden.

Kollegen! Betrachtet die neuen Kräfte, die die Arbeiterkraft in den Kampf gegen jeden Versuch Lohnabbau zu verhindern, nicht so in einem entscheidenden Teil mit ihnen, als es bei Dresden die Arbeiterkraft gezeigt hat.

Die Lohnabbauverträge der Kapitalisten abzuschaffen. Nationalsozialistische Aktionisten werden, S. H. O. Kampf.

Drohende Wirtschaftskatastrophe

Die Folge der Kontingenzierungspolitik der Papen-Regierung — Wirtschaftskrieg Italiens gegen Deutschland — Handelskrieg mit Holland — Grösste außenpolitische Isolation seit 1914

Die im Interesse der Großgrundbesitzer durchgeführte Kontingenzierungspolitik der Papen-Regierung hat nun bereits die ersten katastrophalen Folgen gezeigt. Sie hat die Isolation des deutschen Imperialismus herbeigeführt und einen der schärfsten Handelskriege der letzten Zeit heraufbeschworen.

An der Spitze des Wirtschaftskrieges gegen den deutschen Imperialismus steht diesmal Italien, das die Kontingenzierungsmaßnahmen der Papen-Regierung mit der Behinderung eines Devisenverkehrs für die Einfuhr aus Deutschland beantwortete. Diese Maßnahme bedeutet eine fast völlige Abschließung des deutschen Außenhandels nach Italien.

Die Maßnahmen Italiens gegen den deutschen Imperialismus sind von doppelt großer Tragweite. Sie werden nicht nur zur Stilllegung zahlreicher Betriebe und zur Vermehrung der Arbeitslosigkeit in Deutschland führen, sondern sie bedeuten auch darüber hinaus den völligen Bankrott der Außenpolitik des deutschen Imperialismus, der bis jetzt auf Italien noch die letzten Hoffnungen bei seinem Aufstiegsversuch gesetzt hatte. Es zeigt sich, daß der italienische Imperialismus zwar einmütig mit den Augen zuseht, wenn er seinem französischen Konkurrenten etwas auswichen kann, daß er aber mit gleicher Schärfe gegen den deutschen Imperialismus vorgeht, falls dieser einen Vorteil gegen die imperialistischen Interessen Italiens magt.

Aber nicht nur Italien antwortet auf die Papenische Kontingenzierungspolitik mit dem Wirtschaftskrieg, sondern auch die meisten kapitalistischen Länder, mit denen Deutschland Handelsbeziehungen unterhält, drohen mit den gleichen Maßnahmen. Da die nördlichste Holland zu nennen. Die holländische Regierung hat der deutschen Kontingenzierungskommission einen sehr spärlichen Empfang bereitet. Tatsächlich wurden die Verhandlungen überhaupt abgelehnt. In der amtlichen Verlautbarung der niederländischen Regierung heißt es: „Die niederländische Regierung ist nach Konsultation der deutschen Pläne zu dem Schluß gekommen, daß die deutschen Verhältnisse keine Grundlage für eine erfolgreiche Diskussion darbieten.“

Ein Wirtschaftskrieg Hollands gegen Deutschland bedeutet den Verlust von etwa 600 Millionen deutscher industrieller Exporte.

Schließlich droht auch Dänemark seine Tore der deutschen Einfuhr zu schließen, was sich sofort der englische Konkurrenz zumutet gemacht hat.

Hebelstrecken am Horizont

Großartig hat die Papen-Regierung eine „Wirtschafts-entfesselung“ angekündigt. Die Tatsachen zeigen, daß nicht nur keine Wirtschaftsentsfesselung stattfindet, sondern daß darüber hinaus die schädlichste Politik der Papen-Regierung zur Behinderung der Arbeitslosigkeit, zum Rückgang des Außenhandels, zu Entregungen in der Exportindustrie, fesselt zu einer drohenden Wirtschaftskatastrophe führen muß. Alle Voraussetzungen der Kommunisten, daß das schädlichste Programm der Papen-Regierung den wertvollsten Massen noch mehr Hunger und Elend bringen wird, bestätigen sich bereits.

Die außenpolitische Isolation ist vollständig

Die außenpolitische Niederlage des deutschen Imperialismus wird vervollständigt durch eine Tatsache, die die bürgerliche Presse nur neugierig beobachtet. Die Tatsache von größter Bedeutung ist die Abweisung des bisherigen österreichischen Botschafters in Berlin, Dr. Franz Dr. Franz von der Vertreter jener Richtung der österreichischen Bourgeoisie, die die Isolation und Antikommunisten mit Deutsch-

land unterstützte. Die außenpolitische Wendung der österreichischen Bourgeoisie war bereits in dem Augenblick besiegelt, als die Hilfe des deutschen Imperialismus die Sanjourner Ver- ständigungen nicht zustande kam. Von diesem Augenblick an war die österreichische Regierung nicht anderes, als ein Vollzugsorgan des französischen Imperialismus. Die Abweisung Franzos erfolgte zweifellos auf Druck des französischen Imperialismus, so daß Deutschland nunmehr auch nach dieser Seite hin vollständig isoliert dasteht.

Das sind die „Erfolge“ der schädlichsten Politik der Papen-Regierung, die sich mit keinem Geschrei als der „nationalen Ge- zeter“ Deutschlands und der Rettung des deutschen Kapitalismus

angekündigt haben. Die Kapitalistenklasse und ihre Papen-Regierung ist unfähig, den wertvollen Massen Deutschlands Arbeit und Brot zu schaffen. Die Kapitalistenklasse und ihre Papen-Regierung sowie ihre national imperialistischen und sozialdemokratischen Trabanten werden niemals die Befreiung des deutschen Volkes sein. Dieser kann es nur ein Ausweg aus der drohenden Wirtschaftskatastrophe, nur ein Weg zur Befreiung des deutschen Volkes geben, den Weg, den die Kommunistische Partei den wertvollen Massen zeigt, den Weg des Sturzes des Kapitalismus und der Errichtung einer Arbeiter- und Bauernrepublik.

Ständige Steigerung des Massenkonsums in der Sowjetunion

Bereits 50 000 neue Verkaufsstellen eröffnet / Gekennzeichnete Produktion von Massenbedarfsartikeln Schärfer Kampf gegen Ruinen und Spekulanten

Moskau, 6. Oktober. Vom 28. September bis zum 2. Oktober hat hier eine Plenarsitzung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion stattgefunden. Sie behandelte den Tätigkeitsbericht des Zentralkomitees der Genossenschafts- und Volkskommissariate für Ernährungswesen über die Entwicklung des Sowjethandels, den Tätigkeitsbericht des Volkskommissariats für Leicht- und Schwerindustrie sowie der Gewerbe- und Konsumgenossenschaften über die Produktion der täglichen Gebrauchsgüter und den Bericht des Volkskommissariats für Schwerindustrie über die Entwicklung der Eisenindustrie.

Die Resolution über die Erzeugung der Massenkonsumgüter hebt die besondere politische Bedeutung dieser Erzeugung für die Bekämpfung des Zusammenbruchs von Brot und Fleisch hervor. Diese wichtige politische Aufgabe sei durch die Stärkung der Generallinie der Partei auf Industrialisierung und wirtschaftliche Unabhängigkeit des Landes durch die Erzeugung auf dem Gebiete der Wiederherstellung der Schwerindustrie vorbereitet. Die Resolution hat sich, daß die Bekämpfung der Märkte mit Konsumgütern bedeutend gesteigert ist.

Die über die Entwicklung des Sowjethandels gefasste Resolution stellt eine bedeutende Erweiterung des Handelsnetzes und eine Verdoppelung des Warenumschlages im Lande fest. Im Laufe des Jahres 1932 sind ungefähr 14 000 neue Verkaufsstellen eröffnet worden.

Es wird auf eine Reihe bisher nicht behobener Mängel des Staats- und Genossenschaftshandels hingewiesen und eine Reihe von Maßnahmen für die weitere Entwicklung und Erweiterung des Handelsnetzes beantragt. Alle Partei- und Sowjetorganisations werden beauftragt, die weitere Entwicklung des Handels der Konsumgenossenschaften zu unterstützen.

Dies bedeutet nicht, den Marktbesitzungen freien Lauf zu lassen und Spekulationen zuzulassen, wie dies rechtso- opportunistische und Kulakenelemente behaupten, sondern im Gegenteil die Ausweitung der Privatkauf- und Kulakenelemente, die versuchen, sich am Konsumgütermarkt zu bereichern. Es wird die Bekämpfung der „linken“ Opportunisten ge-

fordert, die die Bedeutung des Sowjethandels überhöhen unter- schätzen.

In der Resolution des Zentralkomitees zum Berichte über die Eisenindustrie werden die großen Erfolge auf diesem Gebiete festgestellt. Es wird festgestellt, daß die bevorstehenden wirtschaftlichen Aufgaben ohne entscheidende Steigerung der Metallherstellung und Förderung des Baues neuer Hüttenwerke nicht gelöst werden können.

Japan streift auf den Böhlerbund

Tokio, 6. Oktober. Das japanische Kabinett beschloß heute mit dem Außenminister, den Außenminister Genji Kijima zu beauftragen, Japan denke nicht daran, seine Handelspolitik zu ändern. Der Kriegsminister Kato und eine Erklärung ab, daß das japanische Oberkommando in der Nordchinesen die alten Anweisungen und Richtlinien der japanischen Politik weiter verfolgen werde. Der Außenminister werde seine er- reichten Absichtungen auf die Grundzüge der japanischen Politik in der Nordchinesen haben.

Diese Erklärungen waren begleitet von einem kurzen Ko- mentar gegenüber dem amerikanischen Imperialismus, dem ange- merkt wird, daß er im Böhlerbund gegen Japan tritt.

Gegenregierung in Mandschukuo

Peking, 6. Oktober. Die Russen haben ihren Angriff in der Nordchinesen fort, wobei sie immer wieder von mehreren mandchurischen Regierungstruppen unterdrückt werden. In Schen- cheng kam es zu schweren Zusammenstößen zwischen mandchurischer Polizei und chinesischen Nationalrevolutionären. Über die Stadt ist der Belagerungszustand verhängt worden. In der Nordchinesen hat sich eine chinesische Gegenregierung gebildet, die sich der russischen Regierung nennt und sich auf die bewaffneten Formationen der Russen stützt.

unter dem Einfluß ihrer Bourgeoisie standen, einen heftigen Schlag gegen alles, was sie an Rußland erinnerte, zu verurteilen.

Ich verabredete mich mit dem Oberst Guberg, der beabsichtigte, in Peking zu bleiben, und lehrte nach Petersburg zurück. Ich erwartete mich wieder bei diesem Intellektuellen in einem Studenten- zimmer. Durch seine Vermittlung und seine Initiative beschloß ich zum erstenmal in meinem Leben die Stadtoper und das Dramatische Staatstheater.

Ich muß gestehen, daß die zu meiner Rückkehr aus der kirchlichen Verbannung nach Petersburg weder Theater, noch Musik, noch Tanz irgend eine Rolle in meinem Leben gespielt und meine Erziehung und meine Entwicklung nicht beeinflußt hatten. Das erklärt sich damit, daß ich aus den tiefsten Schichten der Arbeiter- klasse hervorging, denen nur Schicksal und Religion zugänglich waren.

Es kam von dem Genossen Bengtsson angegebener Tag und zur selbigen Stunde hingelieferte ich an der Wohnung des Ingenieurs Klemm. Das Studentenzimmer, das mir die Tür öffnete, sah mich, wie es mir vorkam, ganz anders an. In der Wohnung herrschte Unordnung, Hermanns Frau kam mir entgegen, sie war ganz verärgert, angesichtslich war sie sehr empört.

„Was sind Sie gekommen?“, fragte sie mich gedämpfter Stimme. „Bei uns hat sich etwas Anderliches ereignet. Heute nacht ist mein Mann verstorben worden, gehen Sie nach weg, sonst wird man auch Sie verhaften.“

„Und was ist mit Bengt?“ fragte ich sie beunruhigt.

„Ich, ich weiß nicht, verfluchen Sie seinen Namen! Er ist sehr gefährlich für Sie, hierzulande. Ich bitte Sie in Ihrem eigenen Interesse, sofort nach dem Abensgang wegzugehen, aber ja nicht durch den Hauptingang.“

Wie sie meinte, daß ich von der unermesslichen Rücksicht ganz entsetzt war, hätte sie mich, außer Zustimmung zu geben, laut an:

„Ich wollte wissen, gehen Sie doch jetzt!“

„In ihrem Schicksal, in ihrem Willen, an einem Tag zu leben, daß sie mich und Hermanns Gemüht für das Unglück, das über sie gekommen war, verantwortlich machte.“

„Wie hat das?“ fragte ich sie mit einem Lächeln. „Ich muß jetzt weg.“

(Fortsetzung folgt)

Schrapowator

ILLEGAL

Ein alter Bolschewik erzählt aus seinem Leben

Copyright 1932 by Mopr-Verlag, Berlin (Internationale Monarchen, Band 4, Übersetzt von Olga Holpern)

2. Fortsetzung

„Danke schön, ich will nichts, aber vielleicht geben Sie mir doch einen Tee.“

„Tee?“ antwortete mir Genosse Oskar. „Das wird ein wenig schwierig sein.“ Er ging aus dem Zimmer und redete lange auf die Wirtin ein und erklärte ihr, wie man Tee zubereitet.

„Die Fingern können keinen Tee machen“, erklärte er mir dann. „Sie trinken Kaffee.“

Die Wirtin machte sich lange in der Küche zu schaffen. Es war, wie es mir schien, fast eine Stunde vergangen, als Oskar endlich eine Kaffeekanne brachte, in der die Wirtin den Tee zubereitet hatte. Der Tee war dünn, noch nach Kaffee und war außerdem noch kalt.

„Ich sagte Ihnen ja doch, daß die Finnländerinnen keinen Tee zubereiten können. Und so ist es auch, wie Sie sehen“, sagte Genosse Guberg.

„Ist Ihre Wirtin so arm? Hat sie keinen Samowar?“ fragte ich ihn, erschauert darüber, daß sie den Tee in einer Kaffeekanne zubereitet hatte.

„Was Sie alles haben wollen! Einen Samowar! Wissen Sie denn nicht, was die Fingern über den Tee und über den Samowar sagen? Wir wollen weder einen Samowar, noch wollen wir Tee, das ist russische Sitte.“

„Dabei gibt es doch hier tausende Arbeiter, und sonst Holzschneid- witz hier fabriziert, ein Samowar würde ganz gut dazwischen passen.“

„Ich weiß hier wirklich alles Russische so unbeliebt.“

„Sehr.“ Ich vermutete, daß die Wirtin mit Unrecht so einen Schein, dünne und kalten Tee zubereitet hat, weil sie ihn als ein russisches Getränk betrachtet.“

„Haben Sie eine Ahnung“, sagte er fort, „was ich alles in dieser Richtung hier erlebt habe? Ich trat in eine Gewerkschaft der Metallarbeiter ein. Hier geht es doch freier zu als in Rußland, und die Arbeiter haben das Recht, Gewerkschaften zu organisieren. Ich trat in die Gewerkschaft ein und dachte auch sehr verständlich die Verleumdungen. Sie interessieren mich außerordentlich. Wenn ich hinaus, bemerkte ich, daß die Fingern mich nicht anhielt. Ihre Verleumdungen schloffen stets mit Lang- samkeit an. Ihre Verleumdungen schloffen stets mit Lang- samkeit an.“

„Ich konstatierte, daß die jungen Mädchen und Arbeiterinnen mit mir nicht langten wollten. Was kann das bedeuten?“ dachte ich.

„Ich bin ein Finne, spreche wenigstens finnländisch, liebe Finnland und pflegt.“ Was soll das bedeuten?“ Ich näherte mich einem finnischen Arbeiter und begann mit ihm darüber zu sprechen: „Wir wollen mit den Russen nicht reden.“ Ich näherte mich einem Mädchen, fordere sie in reiner finnischer Sprache auf, mit mir zu tanzen. Sie antwortete mir: „Ich tanze mit Russen nicht.“

Eines Tages ging ich zu einer Verleumdung. Ich ging durch den Saal und bemerkte, daß ich alle von mir wegwarben. Plötzlich sprang der Gewerkschaftsleiter auf und sagte mir:

„Hören Sie, Guberg, ich rate Ihnen, Ihr russisches rotes Hemd nicht zu tragen, wir haben die russischen Sitten und Gebräuche nicht gern. Wenn Sie mit uns friedlich leben wollen, so lassen Sie sich so, wie alle Fingern selber, das heißt europäisch und nicht asiatisch.“

„Aber erlauben Sie“, sagte ich, „das russische weiße Hemd ist meiner Ansicht nach viel besser, besonders bei der Arbeit, als die harten, gelblichen Krager, die wie Pfeifen den Hals umspannen.“

„Nicht darum geht es, ob es besser oder schlechter ist, sondern darum, daß es eben ein russisches Hemd ist, daß es den russischen Sitten und Gebräuchen entspricht, daß es logischen Verbindung mit Rußland anzeigt, mit Rußland, das unser kleines Vaterland, unser wunderbares Finnland, das wir alle so wahr- huldig lieben, unterdrückt hat. Wir machen Sie aufmerksam, daß, wenn Sie nicht aufhören, es zu tragen, wir gezwungen sein werden Maßnahmen zu treffen, Krager Maßnahmen, die zum Ausschluß aus dem Verbande führen. Wissen Sie, daß einige von unseren Mitglieder nur auf Grund dieser Hemden glauben, sie seien ein russischer Sclav.“

So tief die Politik der Reaktion, die der Fingern und die herrschende Klasse des alten Rußland durchführte, bei den Fingern, gebildeten Intellektuellen und bei den Arbeitern, die gewöhnlich

SLUB
Wir führen Wissen.

Fremde SA-Rollkommandos sprengen KPD-Verammlung

Naziwache aus Schandau und Königsfeld als Terrorgarde nach Dresden geholt. SA-Proleten über den Mißbrauch durch ihre Führer erbittert. Wachsende Rebellion gegen Korruption in der Nazi-Partei

In Ergänzung unseres gestrigen Berichtes über den Beginn einer neuen Terrorwelle gegen die antifaschistische Arbeiterkraft, müssen wir heute noch eine Reihe sensationeller Einzelheiten und Hintergrundberichte nachtragen, die sowohl das Vorgehen der Nazis, als auch die Hintergründe der von ihnen organisierten Terrorakte beleuchten. Bereits im Laufe des gestrigen Tages haben eine Reihe von Nazi-Proleten mit uns Verbindung gesucht, die bisher trotz aller Zerlegungsversuche fest zur Hitlerpartei hielten, jetzt aber sich ernüchert wurden und das Brechereiche im Vorgehen der Naziführung sehen. So haben wir in Erfahrung gebracht, daß sowohl an der Sprengung der Synagogenverammlung, als auch am Überfall auf die öffentliche Versammlung der KPD sehr viele Dresdner SA-Männer beteiligt waren. Die ganze Aktion wurde von den SA-Stämmen Schandau und Königsfeld durchgeführt, die eigens zu diesem Zweck von der SA-Führung nach Dresden geholt wurden.

Bekanntlich sind Killinger und Dr. Bennede die Organisatoren und Führer der SA, die also auch die fremden Stämme zu dieser besonderen Aktion herangezogen haben, damit unter dem Deckmantel, was wir seit langen Wochen an Hand zahlreicher Materialien feststellten:

In der Dresdner SA frißt die Zerlegung

Unter Zuhilfenahme der Schandauer und Königsfelder Stämme sollte mit der Terroraktion gegen Versammlungen der Gegner die Dresdner SA wieder zusammengerissen werden, die den betrügerischen Führern und ihren Lakaien aus den Händen glitt. Ein bis gestern noch aktiver SA-Mann berichtet uns über die fortschreitende Zerlegung in Dresdner SA-Lager. Während dafür scheint die immer offener zutage tretende Korruption zu sein und das Intrigenspiel der verschiedensten Führer und ihrer Unterführer. Dabei soll das Überhandnehmen von demoralisierten Elementen eine große Rolle spielen, die nach dem Beispiel Köhm auch in Dresden eine bedeutende Rolle in der unteren Führung bis hinauf zur Stabsabteilung spielen sollen. Aus solchen Gründen soll auch das SA-Beim an der KPD-Verammlung geschlossen worden sein, obwohl in der Öffentlichkeit angegeben wird, daß das wegen Konzeptionschwierigkeiten erfolgt ist.

Eine bedeutendere Rolle spielen dabei Korruptionsaffären und Diebstähle bei den eigenen SA. So hat zum Beispiel der Nachkriegsstand am Reichsstadter Markt in der letzten Zeit besonders öfters seinen Führer geschwächt, weil Geldbeträge von SA-Männern und noch mehr verschwinden. Ueber Korruptionsaffären werden innerhalb der SA Kreise erzählt. All diese Zustände haben in Ergänzung einer tiefen Erbitterung über die Politik der Partei zur Zermürbung der SA und zur Meuterei geführt. Mit der Einleitung der fremden Stämme hofft die Führung die Dresdner SA wieder zusammenstreifen zu können und ihre Aktivität mit der Spekulation auf weiteren „Wunden“ — wie der geliebte „Freiheitskampf“ den Überfall nennt — zu steigern. Aber auch darin dürfte sich die Naziführung geirrt haben, denn gerade in den Kreisen der SA herrscht allgemeine Empörung über den Überfall. Darüber hinaus aber hat auch die auswärtige SA nach dem Überfall gemeutert, da sie sehr schnell begriffen hat, daß sie mißbraucht wurde. In der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch ist es wegen dieser Disziplin noch in einer

Schlägerei unter der SA vor dem Reichsstadter Markt gekommen. Der Sturmführer Imhof aus Schandau hat vor mehreren Zeugen, darunter auch Arbeitern, erklärt,

daß er es jetzt habe sich noch länger für solche Aktionen mißbrauchen zu lassen, im übrigen mit seinem gesamten Sturm zur Kommune übergeben wolle, da die Korruption in der NSDAP immer größere Formen annehme.

Musikmannsdiat will seine Anhänger kaulen

Der „Freiheitskampf“ machte sich in seinem gestrigen Bericht einen Hauch über den Angriff auf die Arbeiterversammlung und hat natürlich die Vorfälle in der bekannten Art um. Was aber das Wichtigste ist, diese Naziführung verläßt damit und mit einem Bericht über die Franzke-Verammlung, ihre Fehler über die wahren Sachverhalte hinwegzudeckeln und ihnen noch immer die übertriebene Bewegung einzureden, die mit diesem Handbittern einen „Stieg“ über die Nazisien erzwungen habe. Sie bringt also einen richtigeren Schlußbericht, um durch häßliche, in Submissus schwebenden Bemerkungen den Eindruck zu erwecken, als ginge es in allem Kaderangebotum strenglich weiter. Die Wirklichkeit hebt ein wenig anders aus und wird charakterisiert durch den Bericht eines Naziaugenzeugen über die Vorgänge in der Franzke-Verammlung, dem wir entnehmen. Der Naziführer erklärt ausdrücklich, daß er nicht zum Franzkefeld der

„Deutschsozialistischen Arbeiterpartei“ gehöre, sondern als Nazi in diese Versammlung gegangen sei, von der die Naziführung berichtet, daß die SA hingegangen seien, „weil sie begierig auf das waren, was Herr Franzke zu sagen hatte“. Worauf die Kommandanten begierig waren, das geht aus dem Bericht des Nazi-Proleten hervor, der uns erklärte:

Schon lange vor Beginn erklärte der ehemalige Sturmführer Strobel, daß die Versammlung hoch liege. Die von der Nazi-Partei kommandierten SA-Gruppen hatten schon um 19 Uhr den Saal besetzt. Einer sprang auf die Bühne und spielte auf dem Klavier Caullieder, die von der SA mitgeführt wurden. Schon da schüttelten eine Reihe anwesende SA mit dem Kopf und verließen das Lokal, als sich der beschämende Klavier immer mehr steigerte. Kurz vor 20 Uhr brachte die SA einen angezogenen Mann auf die Bühne, der als Franzke ausgegeben wurde und sprechen sollte. Als dann die Versammlungsleitung mit dem wütlichen Franzke erschien, ging ein juchender Krach los. So wurde gebrüllt und geschrien, Stindomben gemorren und als die Versammlungsleitung den Betrunkenen aufforderte, die Bühne zu verlassen, erklärte er laut, daß er dazu gezwungen worden sei, in der Versammlung zu reden. Franzke konnte gar nicht zu Worte kommen. Er wurde niedergebissen, wieder hoch gezerrt und dann befam er von der SA den Befehl zu reden. Die antifaschistische Franzke wurde von SA-Gruppen gefoltert. Als sich die Mißhandlungen steigerten, während deren bereits eine

Anzahl ältere Nazi-Anhänger mit dem Parteiführer angefaßt den Saal verlassen hatten, überkam einem SA-Mann die Mut über das skandalöse Verhalten der SA. Er rief das Abgehen ab, warf es zu Boden und sprang auf die Bühne, um Franzke zu helfen. Er konnte aber gegen die wilde Horde nichts ausrichten, die, nachdem die Versammlung endlich von der Polizei aufgelöst worden war, die Parole ausgaben, jetzt auch die KPD-Verammlung in „Stadt Petersburg“ auseinanderzuschlagen. Ich konnte nur nicht schnell genug den Saal verlassen, um die Arbeiter von dem Vorhaben der SA zu warnen.

Es alle ist es gekommen, daß die Nazi-Partei einen wohl vorbereiteten Plan durchführte, der allerdings dann an den Händen der antifaschistischen Arbeiterkraft scheiterte und nicht die gewünschte Entspannung in der meutenden SA brachte, vielmehr die Entsammlung neuer Konfliktpunkte und die noch deutlichere Erbitterung von SA-Gruppen, daß sie sich nicht mehr gegen die Arbeiterkraft mißbrauchen lassen wollen. Und die revolutionären Arbeiter werden dafür sorgen, daß auch der letzte Nazi-Prolet über die Rolle der Hitlerpartei aufgeklärt wird, wird aber auch dafür sorgen, daß die neue Terrorwelle, von den Führern organisiert, nicht zu hoch schlägt und an dem Wall des roten Massenlebens in Betrieb, Stempelsteine und Molotowbolid prickselt, wie der Streifbruch der Nazis gegen an den Kämpfen der Arbeiterkraft gegen Lohnraub und faschistische Diktatur zerbrechen wird.

Im Gumpf der Nazi-Partei

Aus Wäusen werden jetzt Einzelheiten über Zerlegung und Korruption innerhalb der Nazi-Partei gemeldet, die das allgemeine Bild über die Zustände in dieser Partei ergänzen. Im Kreise des Gauleiters Musikmann meutern SA und SS über ungläubliche Schweinereien, die an allen Ecken und Kanten der Wäusener Ortsgruppe nachbar werden. So hat die Verwaltung der SA-Küchen, die Frau des Stabsabteilungsleiters Koppitz, die Leiterin des nationalsozialistischen Frauenbundes K., keine Rechenschaft über das Fehlen von 500 Mark für die Küchen ablegen können. Der Betrag der wahrscheinlich veruntreuten Gelder soll noch höher sein. Auch fehlen Spenden an Wäus und anderen Reichswaren, die für die SA geleistet wurden, aber nicht in die SA-Küchen gekommen sind.

Eine andere Sumpfbühne ist bei dem bisherigen Verwalter der Wäusener Zeitungstelle des „Arbeitskampfes“, einem gewissen Ebersbach gepflast, der gegen ein Monatsgehalt von 300 Mark angestellt war. Gemeinsam mit dem Propagandaleiter V. und dem SS-Führer W. u. spielte er in einem Wäusener Vergnügungslokal eine gewisse Rolle, wobei er sich als geführender Spender aufspielte. Dabei bezog er sich auf eine Erbschaft, mit der er aber plötzlich anders wurde, als die Verlagsleitung des „Arbeitskampfes“ in Dresden eine Konzeptionsaffäre für Wäusen anordnete. Ebersbach erschien nicht mehr an seiner Arbeitsstelle und ein von Dresden geschickter Angehender prüft nun, was an Geldern da sein müßte, aber in die Kasse des Vergnügungslokales geflossen ist. Man spricht von einer Summe in Höhe von 1500 Mark. Da aber die Untersuchungen noch nicht abgeschlossen sind, muß mit einem noch

höheren Betrag gerechnet werden, der in die privaten Taschen geflossen ist.

Neben diesen Dingen betreiben auch noch eine Reihe von Schanden der Nazi-Partei bei privaten Geschäftsleuten, die sowohl durch Geleitung als durch die Ortsgruppe gemacht wurden, und um deren Eintreiben die Geschäftsleute hoffnungslos bemüht sind. Die Führung in der Wäusener SA und SS über all diese Mißstände ist bereits zur offenen Dienstverweigerung geliegen und wird durch den allgemeinen politischen Verfall der Führer noch weiter geschürt. Bei dieser Gelegenheit kommt auch eine beispiellose Ausbeutung der Nazis durch die Parteileitung und die Wäusener Jugendleiter ans Tageslicht, die vorint den letzten Großen aus den Taschen der erwerblichen Wäusen holen.

Die aus Wäusen berichteten Zustände innerhalb der NSDAP sind keinesfalls nur für die dortige Ortsgruppe charakteristisch, illustrieren vielmehr den Zustand in der Gesamtorganisation, deren Führerschaft ein ausgeprägtes Gefühl zu machen versteht. Die irreführenden Nazi-Propaganden werden noch in härtester Weise bezogen, daß sie mit dem faschistischen Unterbauwerkern des Kapitalismus brechen müssen.

Naziüberfall in Goldwitz

Am Dienstag, kurz vor 22 Uhr, überfielen vier Naziwachen im Hofe des Hotel Demnik in Goldwitz einen Breslauer Arbeiter und trampelten seine ganze Warte in den Dreck.

Nazimorddrohung gegen Arbeiterin!

Im Reichsadler, Reichsstadter Markt, fand eine Versammlung mit dem ehemaligen SA-Führer Traub statt. In dieser Versammlung sprach auch eine Arbeiterin. Dieselbe schilderte ihre Erfahrungen mit Sturmführern der SA. Diese Schilderung hat großen Eindruck bei den Arbeitern hinterlassen. Darob besteht bei den Nazis ungeheure Wut. Anstatt geistiger Argumente drohen die Nazis der Arbeiterin mit Mord. So erhielt sie jetzt folgenden Brief:

„Hierdurch werden Sie ersucht, die aufgewiesenen Mord gegen die Sturmführer der Nazis zu unterlassen. Wenn Sie wieder in einer Versammlung auftreten und Sie wollen Ihren Gesinnungen nicht aus dem Munde lassen, dann werden Sie sich nach der Versammlung genügend Schutz, wenn die Nazis es denn wollen.“

3. ansehnliche Nat.-Cop. in der Reichsadler-Versammlung.“ Diese Drohung zeigt, daß die Naziführung versucht der Schwierigkeiten in ihren Reihen mit neuem Terror Herr zu werden. Daran gibt es für alle wertvollen Frauen nur eine Antwort: Einweisung in die antifaschistische Aktion zum Kampf gegen Faschismus! Stärkt den roten Massenlebenswall!

werden. Daran gibt es für alle wertvollen Frauen nur eine Antwort: Einweisung in die antifaschistische Aktion zum Kampf gegen Faschismus! Stärkt den roten Massenlebenswall!

Nazi-Propaganda im Rädlichen Volksbad, Annenstraße

Im Rädlichen Volksbad, Annenstraße, hängt gleich in der Nähe der Kasse ein Schild: „Deutsche, raucht Sturm-Zigaretten!“ Hintereinander werden sämtliche Nazi-Propaganden angeklebt. Bezeichnend ist, daß man keine Schilder anderer Firmen nicht sieht. Die Rädlichen Volksbäder unterliegen den sozialdemokratischen Exponenten der Partei. SA-Propaganda, hier steht ihr am besten Leben, wie eine Führer die nationalsozialistische Propaganda hochhält. So steht ihr Kampf gegen den Faschismus aus. (Arbeiterkorrespondenz)

Öffentliche Bücherhellerei. Am Freitag, dem 7. Oktober, werden in der üblichen Zeit zwischen 16.30 und 19.30 Uhr Bücher für 14 Tage ausgeben. Legebühler 5 Pfennig. Die Ausgabe am 14. Oktober fällt aus. Zutritt hat jedermann. Bei Neuanschaffungen ist ein Ausweis vorzulegen.

Die Redaktion beruft Sie morgen, Freitag, den 7. Oktober, 19 Uhr, nach den Redaktionsräumen der Arbeiterstimme eine

Sitzung aller Arbeiterkorrespondenten ein. Das Erscheinen aller Genossen ist unbedingt notwendig. Die Redaktion

Letzter Appell

Ausgaben der drei Gewerkschaften in der Oberlausitz Sonntag, den 8. Oktober, in Richtung in Seifers Gasse in Oberbermuth im Gäßchenhaus 10 Uhr Arbeiterbesprechung, 14 Uhr Ausgehungen. Alle Parteigenossen beteiligen sich damit!

Große Protestkundgebung gegen SA-Überfall am Freitag, den 7. Oktober, 20 Uhr, in der Wäusener. Genosse Bruno Siegel, Wäus, der Vorgänge des Überfalls teilte mit, spricht.

Alle Arbeiterinnen kommen am Freitag, dem 7. Oktober, 13 Uhr, im Hofe beim Friedrichstraße, zum Kundgebung mit 2000. Der Platz: „Der Kampf um die Welt“ wird gegeben. Eintritt 5 Pfennig.

Theodor Körner — nationalsozialistisches Machwerk

Das Prinzregententheater zeigte diesen neuen Tonfilm, der sich auf die in der „deutschen“ Filmproduktion der letzten Wochen und Monate verteilt. Dieser Film ist keine Zufallserscheinung, es ist der gesteigerte Ausdruck einer seit langem bestehenden nationalsozialistischen Filmbeeinflussung. Es muß ganz offen gesagt werden, daß diese Art der Darstellung der Freiheitskämpfer, in deren Mitte auch der Dichter Theodor Körner kämpfte, einer Verhöhnung der Idee dieser Leute gleichkommt. Die ganze Art der Aufführung dieses Filmes wirkt wie eine grobheilige Kalamität der „Sturm“-Zigarettenfabrik.

Was hat Unerschütterlichkeit werden „Helden“ dargestellt — aber so, daß man sich fragen muß: Wie kann man einem Publikum ein solch handbitteres nationalsozialistisches Machwerk vorsetzen? Körner Körner! Mit diesem handbittersten Machwerk will die herrschende Klasse darüber hinwegtäuschen, daß die damaligen Freiheitskämpfer, die gegen die französische Herrschaft in Deutschland auf eigene Faust kämpften, ebenso betrogen wurden. Es ist eben nicht wegzuleugnen, daß sich die damals herrschende Klasse mit dem Blut dieser Kämpfer speigte. Für die Regie zeichnet ein Karl Forst verantwortlich. Heil!

Die nationalsozialistische Arbeiterkraft aber wird gegen derartige Staatsbühnen energig protestieren.

Wer verhöhnt die Erwerbslosen?

Die Unterstützungsfürungen der letzten Monate und Jahre haben den Erwerbslosen eine weitläufige Beschäftigung über Lebenslage gebracht. Heute ist nach den Ermittlungen, die die Sozialverwaltung selbst gegeben hat, mit dem Willigen haben zu rechnen, wenn die Erwerbslosen nicht durch Kampf

einen Strich durch diese Rechnung machen. Die Solidität der Werkstätten ist ihnen hierbei sicher. Um so schwerer empfinden es die Erwerbslosen, wenn sie in ihrer Not noch verhöhnt werden. Wir haben einen solchen Fall vor mehreren Tagen beobachtet. Danach hatte der „Komet“, eine Zeitung, die in den Verkaufsstellen des „Götlicher Warenvereins“-Netzwerk verteilt wird, einen Artikel gebracht, betitelt „Der reiche Arbeiter“. Wie uns jetzt von der Redaktion mitgeteilt wird, billigt sie die Tendenz dieses Artikels keineswegs. Es werde streng darauf achten, daß die Zeitung nur Artikel ohne politische Tendenz, wie es übrigens, wie wir uns überzeugen konnten, mit der Redaktion des „Komet“ vereinbart ist, enthalte.

Können Sie sich vorstellen.

daß es Menschen gibt, die täglich mehrere Stunden lang auf Rüge warten, um diese anzulangen? Und dennoch — so etwas gibt es und hat sogar einen durchaus ernsthaften, wissenschaftlichen Hintergrund. Rühres erfahren Sie in dem reichhaltigen neuen „Magazin für Alle“, das Sie für 10 Pfennig bei jedem Kolporteur oder direkt beim Verlag „Magazin für Alle“, Berlin SW 6, Wilhelmstraße 48, für 36 Pfennig vierteljährlich erhalten Sie drei Hefte durch Bestellung bei Ihrer Postanstalt.

Kohärenz wird die Hausfrau, welche zum ersten Male Kaffee-Würze verwendet und findet, daß sich wenige Tropfen genügen, um schmackhafte Suppen und Soßen auszubereiten, fast zurecht zu machen und am Gemühen laute Seufzer hören, trügerischen Hoffnungen zu verfallen. Es ist deshalb auch nicht zu verwundern, daß allseitig Kaffee-Würze als das unbedeutendste Köchereimittel gepriesen wird.

Die Kommunisten im Zittauer Stadtparlament fordern

Winterhilfsmaßnahmen für die Erwerbslosen

Im Zittauer Rathaus fand in der letzten Stadterordneten- sion eine Eingabe der Erwerbslosen betreffend Winterhilfe.

Als wichtiger Tagesordnungspunkt folgte die Dedung des Gehaltstrages im Haushaltsplan.

- Kindersicherungsfürsorge um 2000 Mark
Kriegerfürsorge (Unterstützung) um 400 Mark
Kriegerfürsorge (Krankenhausstellen) um 600 Mark
Pflegerlöhne und Erziehungsbefehlissen um 2000 Mark
Krippelfürsorge um 500 Mark
Kosten an Heil- und Pflegeanstalten um 2000 Mark

Genosse Wehnert wies darauf hin, daß die Regierung in der gleichen Zeit, wo in den Gemeinden die notwendigen sozialen Ausgaben so rückhaltlos abgedeckt werden, ein Kürzungsprogramm aufgestellt hat, womit ungeheure Summen verschleudert werden sollen.

Gibt die Opfer des vergangenen Krieges ihr Geld da, aber zu Kürzungen werden Millionen Mark zur Verfügung, ebenso für Subventionen an Unternehmer.

Gegen diese Politik führen die Kommunisten den härtesten Kampf. Genosse Wehnert erklärte, daß er die Vorlage ablehnt und der Meinung ist, daß die Gemeinden sich entschieden gegen diesen Kurs wenden müssen.

Um die Ausführungen des Genossen Wehnert zu entkräften, brachte der Sozialdemokrat Rod vor, Genosse Wehnert solle in den Ausschüssen mitarbeiten, da wäre etwas herauszuholen. Ge-

nosse Wehnert wies diesen Demagogen darauf hin, daß er gar keinem Ausschuss angehört und mithin dort auch kein Stimmrecht habe. Wenn die SPD so viel Wert auf die Mitarbeit legt, warum hat sie denn den Genossen Wehnert nicht mit in die Ausschüsse hineingewählt? Im übrigen fragte Genosse Wehnert die SPD-Fraktion, was sie in dem Ausschuss herausgeholt habe? Da er nichts aufzählen konnte, schweigend vorüberzugehen. Später mußte die SPD-Fraktion noch eine Ohrfeige einstecken, als Stadtrat Schombor feststellte, daß die Sozialdemokraten im Ausschuss einer Vorlage zugestimmt haben, gegen die sie im Plenum sprachen.

In der gleichen Sitzung gaben die Sozis noch ein Beispiel dazu. SPD-Mann sprach gegen die Kürzung der Aufwandsentschädigung. Aber als es zur Abstimmung kam, stimmte die Fraktion für die Kürzung. Eine besondere Entlastung der Bürgerlichen erfolgte in der Frage der Regelung der Fürsorgeerlässe für Rentner. Genosse Wehnert stellte den Antrag, den Rentnern die alten, ungekürzten Sätze der gehobenen Fürsorge anzugehen.

Als es zur Abstimmung kam, stimmten die Bürgerlichen diesen Antrag nieder, obwohl sie vorher von „Wohlvollen“ und „Häuteausgleich“ gesprochen hatten. Auch die SPD operierte gegen die Rentner. Anstatt sich für den kommunalistischen Antrag einzusetzen, ließen sie sich auf den Boden der Ratsvorlage, welche gekürzte Renten festlegt.

Als letzter Punkt stand die Bewilligung von 10 000 Mark als Zuschuß für die Abhaltung von Theateraufführungen. Genosse Wehnert vertrat den Standpunkt, diese Frage zurückzustellen, damit erst geprüft werden kann, ob diese 10 000 Mark etwa zur Winterhilfe gebraucht werden. Erst muß das Leben der Notleidenden gesichert sein, ehe Gelder für Theateraufführungen gegeben werden können.

Der ganze Verlauf der Sitzung zeigte, daß die Interessen der Werktätigen nur von der KPD energisch vertreten werden. Deshalb ist es notwendig, daß ins neue Stadtparlament eine starke kommunistische Fraktion kommt!

In Zittau werden zwei Wärmeküben errichtet, ferner eine Gesundheitsklinik für Bedienstete, die aus häßlichen Mitteln ernährt und erhalten wird.

Der Stadtrat wird ersucht, für die Zittauer Erwerbslosen und Rentner

Verbilligte Lebensmittel und Kartoffeln zu beschaffen.

Ferner soll der Stadtrat aus Reichshänden

10 Zentner Kohlen kostenlos abzugeben

Die Pflichthaftigkeit für Kraftfahrzeuge wird aufgehoben. Für die durchzuführenden Arbeiten werden Gemeinbediensteter zum Tariflohn eingestellt.

Zittauer Einwohner, die mit ihrem Einkommen unter dem Minimum liegen, erhalten den fehlenden Betrag durch das Wohlfahrtsamt ausgegahlt. Für Rentner gilt der Satz der gehobenen Fürsorge.

Freiwillige Spenden der Einwohnerschaft werden unter der Kontrolle der Bediensteten verteilt. Die Stadt wird durch diese Spenden jedoch nicht ihrer Verpflichtung zu ausgiebiger Hilfe entzogen.

Das Stadterordnetenkollegium fordert von der Reichs- und Landesregierung, daß diese den Gemeinden ausreichende Mittel zur Verfügung stellen, damit die Gemeinden ihre Aufgaben zur Unterbringung hilfsbedürftiger Einwohner erfüllen können.

Erwerbslosenausschuss Zittau, J. W. M. Raugfeld, Arbeitgemeinschaft sozialpolitischer Organisationen, J. W. M. Wehnert.

Winterhilfsprogramm der Zittauer Erwerbslosen

Zur Sicherung der Lebensgrundlage aller Notleidenden und Hilfsbedürftigen wird vorgeschlagen:

Das Stadterordnetenkollegium möge beschließen: Es werden den Zittauer Erwerbslosen und Rentnern aus häßlichen Mitteln

Winterbeihilfen

in folgender Höhe gewährt: Ehepaare 20 Mark, Single 15 Mark, Zuschlag pro Kind 5 Mark.

Es werden Mittel bereitgestellt, um allen Hilfsbedürftigen

Mietbeihilfen

zu gewähren. Wo in häßlichen Gebäuden Mieter durch wirtschaftliche Not mit der Miete im Rückstand sind, werden diese Rückstände erlassen.

Aus den Uberschüssen des Zitwerkes werden den Hilfsbedürftigen

Lebensbeihilfen

gegeben. Erwerbslose, Rentner und andere in Not geratene Personen werden zinsfreie Darlehen erhalten.

In einem häßlichen Gebäude wird eine große Speisekammer eingerichtet. Diese Küche ist mit häßlichen Mitteln zu erhalten. Als erstes Haus werden 20 000 Mark bewilligt.

Aus Bedürftige wird

kostenlos Essen abgegeben.

Sozialdemokratische Jugendpflege

Immer und bei jeder Gelegenheit versuchen die Sozialdemokraten den Arbeitern einzureden, daß die Belegung von Funktionen in der kapitalistischen Gemeinde einen Schritt vorwärts auf dem Wege zur Eroberung des Sozialismus bedeute. Wie es praktisch damit bestellt ist, konnten wir an Hand reichhaltigen Materials bisher nachweisen. Ein neues Beispiel wird uns von Zittau gemeldet. Dort amtiert in der Amtshauptmannschaft Amtshauptmann Kahmann, ehemals Parteifreier, von Dresden-Streit. Bei diesem war jetzt der Arbeiter Voss über vorstellbar, um die ein unterernährtes dreijähriges Kind um eine Winterbeihilfe nachzusuchen. Ein ärztliches Attest über die Notwendigkeit der Versorgung war vorhanden. Die Beihilfe wurde abgelehnt. Bei einer weiteren Vorstellung des Arbeiters bei der Amtshauptmannschaft, bei der derselbe keine Meinung zur Ablehnung seines Antrages durch den Amtshauptmann Kahmann zum Ausdruck brachte, erhielt er folgendes Schreiben:

Der Bezirksverband der Amtshauptmannschaft Zittau (Wohlfahrts- und Jugendamt) eröffnet Ihnen heute hiermit, daß Ihnen jedes Beitragen des Verwaltungsgeldes in Zittau, am 1. d. M. 12. unterliegt wird.

Das Beitragen des Grundstückes wird Ihnen künftig nur erlaubt, wenn Sie sich vorher rechtzeitig beim Gemeindevorstand in Oberdorf anmelden und bei diesem und von diesem die Genehmigung des Bezirksverbandes erhalten haben.

Der Bezirksverband der Amtshauptmannschaft Zittau (Wohlfahrts- und Jugendamt) Kahmann

So hat die praktische Hilfe der SPD für die Wohlfahrts- erwerbslosen aus. Die Verantwortlichen sollten immer daran denken, wenn jetzt die SPD vor den Kommunisten wieder mit großen Versprechungen kommt. Die einzige Antwort muß dann sein: Einleitung in die rote Klassenfront zum Kampf um ausreichende Unterstützung. Ihre Kampfereifigkeit zeigen Sie durch die Wahl von Kommunisten.

Erwerbslose werden durch SPD-Führer verhöhnt

Ein weiteres Beispiel wird uns von einem Arbeiter, dessen Frau gestorben ist und der sechs Kinder zu ernähren hat, gemeldet. Diefem machte Kahmann den Vorwurf, daß er 200 Mark monatlich mit seinen sechs Kindern erhalte. Die Angabe ist völlig falsch, das dürfte auch Herr Kahmann wissen. In Wirklichkeit erhält der Arbeiter noch nicht einmal die Hälfte. Zusammen mit einer Rente in Höhe von 14,06 Mark, erhält er 108 Mark. Ob

Herr Kahmann glaubt, daß der Erwerbslose damit Zufrieden- gaben befreit sein kann? Vielleicht verhält Kahmann selbst, einmal mit dieser Summe jahrelang auszukommen. Wahrscheinlich würde er recht bald kurieren sein. Dieser Vorgang ist ein Standa- lonbergischen. Die SPD-Arbeiter, die im Vertrauen zu ihren Führern ihre Partei verlassen, sollten gegen solche Behand- lungen einschreiten. Gemeinlich mit den Kom- munisten sollten sie kämpfen gegen Sozialreaktion und Unter- künigungsorand!

Besucht die UdSSR zur Novemberfeier

Der Festtag des 7. November, der Geburtstag des Arbeiter- staates, wird in Sowjetrußland durch große Volksfeste, Paraden und Feiern gefeiert.

November 1932: Jahrestag der Revolution! In diesem Jahr wird die Novemberfeier eine besondere Pracht entfalten: der Sowjet- staat feiert sein fünfzehnjähriges Bestehen und gleichzeitig den erfolgreichen Abschluß der ersten bedeutenden Aufbauperiode seiner Wirtschaft, des ersten Fünfjahresplanes. Zahlen, Kurven, Modelle, Freilichtausstellungen werden in bildhafter Sprache einen anschaulichen, plastischen Überblick über die Entwicklung der kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens des Landes ge- währen. Wenn die Tage zwischen dem 6. und 8. November das Land in höchstem Feststimmung zeigen, so hat aber der Tourist ebenso auch Gelegenheit, vor und nach den Festtagen den Alltag des Landes kennen zu lernen und seine Lebenswürdigkeiten zu beschätzen.

Warum sind Novemberreisen billig? Weil Reisenden, die in der Sowjetunion zwischen dem 30. Oktober und dem 6. November einreisen, besondere Reise- und Preisermäßigungen gewährt werden. So kostet eine „Novemberreise“ mit 4 Tagen Aufenthalt in Moskau und 3 Tagen Aufenthalt in Leningrad, einschließlich aller Reisekosten von Sowjetrußland bis Sowjetrußland und voller Verpflegung in den beiden Städten, in der 2. Klasse nur 252, in der 1. Klasse nur 378 Mark, während für dieselbe Reise ohne die Novemberermäßigungen 314 bzw. 570 Mark berechnet werden. Dieselbe Reise kostet in umgekehrter Reihenfolge (erst nach Leningrad, dann nach Moskau) mit der Novemberermäßigung nur 210, bzw. in der 2. Klasse 336 Mark. Es besteht auch die Mög- lichkeit, schon für 168 Mark von der Sowjetrußland nach Moskau zu reisen, dort 5 Tage Aufenthalt zu nehmen und nach der Grenze zurückzufahren!

Nähere Auskunft erteilt die Intourist-Agentur (Sofas- Bruner), Dresden-R. 6, Große Klosterstraße 8.

Am 16. Oktober rote Volkskongresse!

Am Sonntag, dem 16. Oktober, treten in Dresden, Pils- nei, Pirna, Reichen, Radeberg rote Volkskongresse zu- sammen, die der Verhärterung der Antifaschistischen Aktion in allen Provinzen des revolutionären Klassenkampfes dienen. Die Kongresse beginnen vormittags 9 Uhr. Nebenbei, wo in vielen Tagen Versammlungen revolutionärer Arbeiter tagen und wo Arbeiter zusammenkommen, heißt es

Delegierte zu diesen Kongressen wählen!

Da die Kongresse aber vor aller Öffentlichkeit durchgeführt werden, haben auch alle nicht als Delegierte gewählten Arbeiter und Arbeiterinnen Zutritt.

Schlechte Beispiele der Raffierung

Wie muß in diesen Ortsgruppen die Raffierung der Beiträge aussieht?

Obwohl jetzt alle Ortsgruppen ihre Monatsrechnung ohne jede Schwierigkeit auf Kassiererkontenverträge tätigen können, ist im Rückstand mit ihrer Regelmäßigkeit:

- Ort 1: Kunz, Bierhoff, Bertsch, Großhans, Mühlert, Obercauswalde und Frankfurt.
Ort 2: Beerwalde, Bergschädel, Braunshof, Wöhler bei Neudorf, Gossig, Götze, Wasmig, Burgwig, Borsdorf.
Ort 3: Erdensdorf, Kleinobritzsch, Niederantersdorf.

Alle Ortsgruppen, die auf den im Oktober künftigen Kassiererkontenverträge nicht abrechnen, werden nicht mehr mit Rechnungsmaterial beliefert. W. M. K. K.

Günige Beitragszahler in der Partei

werden im November sehr in Druck kommen. Es findet nämlich vom 13. bis 20. November eine

General-Kontrollen hat. Wer nicht Gefahr laufen will, seine Mitgliedschaft in der Partei zu verlieren, prüft jetzt schon sein Buch nach, ob es auch vollständig in Ordnung ist. W. M. K. K.

Bewirungsmanöver der KPD

In einer öffentlichen Verammlung der KPD Ost- sachsen wurde bekanntgegeben, daß die KPD Sammelstellen für die Wirtschaftliche Einheitsfront herausgibt. Es ist ganz klar, daß die KPD unter dem Deckmantel der Antifaschistischen Aktion der Kampf der Partei gegen den Faschismus ausführen will, um ihre leeren Kassen zu füllen. Rein Klassenbewußter Arbeiter zeichne auf diese Listen. W. M. K. K.

Für roten Massenelbstschutz

(Arbeiterkorrespondenz)

Neulich i. G. Vor kurzem fand hier eine gut besuchte öffent- liche Versammlung statt, die im Zeichen der Antifaschistischen Aktion stand. Die Leitung der diesigen KPDW glaubte wahr- scheinlich auch ihren Teil zur Propagierung der Versammlung mit beitragen zu müssen.

Sie verfuhr mangels sachlicher Argumente, durch Injanz- rung des Referenten Friedrich ein politisches Geschäftchen zu machen, indem sie in ihrem Vortrag eine Erklärung veröffent- lichte, die der Tätigkeit des Referenten als ehemaliger KPD- Führer galt. Andere Genossen hatten die Leitung der KPDW schriftlich aufgefordert, durch Stellen eines Ref. den Wahrheit- beweis für die Annahme gegen den Genossen Friedrich zu erbrin- gen. Die Antwort war ein nichtslagenes Schreiben. Der „Be- schäftigte“ hatte wahrheitsgemäß keine Zeit. Genosse Friedrich gab eingangs seines Referates einen historischen Überblick über die Entwicklung der Arbeiterbewegung, brandmarkte den Verrat der SPD-Führer und zeigte den anmelnden Proleten die sich schlag- richtig daraus ergebenden Konsequenzen ihres wirtschaftlichen Elends auf. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen unter- zog der Redner die kapitalistische Wirtschaftslage einer marxisti- schen Analyse, bewies an Hand konkreter Tatsachen die Unmög- lichkeit mit kapitalistischen Mitteln die Krise zu beseitigen und zeigte den Anmelnden den revolutionären Ausweg aus ihrem Elend auf.

Der reiche Beifall bewies, das Genosse Fr. von den Proleten verstanden worden war. Zur Diskussion hatte sich niemand ge- meldet. Für den roten Massenelbstschutz hatten sich 25 Personen eingeschrieben. Die Sammlung für den Kampffonds ergab 7,25 M. Mit dem gemeinsamen Gelde „Kämpfer zur Sonne, zur Freiheit“ wurde die Versammlung geschlossen.

15 Jahre Sowjetunion

15 Jahre sozialistischer Aufbau

7. November 1917, 3 Uhr nachmittags. Von einem Ort der Begeisterung empfangen steigt der Führer der Sowjet- union auf die Tribüne des Trotzkener Sowjets der Arbeit- und Soldatenräte und verkündet:

„Genossen, die Arbeiter, und Generalrevolution, von dem Notwendigsten die Sowjetunion ist die Zeit gekommen, wo sie ist notwendig.“

In der loben erschienenen Broschüre „15 Jahre Sowjet- union“ wird in knappen Zügen mit 60 Bildern nach dem zeitlich- sten Bildfotos in Kupferdruck die fünfzehnjährige Entwik- lung der proletarischen Diktatur in allen Stappen geschil- dert. Anschaulich vermittelt uns der mit einer Fotoreportage illustrierten Inhalt ein lebendiges Zeugnis vom Schaffen der Massen im Aufbau des Sozialismus.

15 Jahre wird ein Krieg der Verleumdung, der Sabotage- der Attentate gegen das proletarische Vaterland geführt. In kommenden Wahlkampf wird der Klassenfeind eine neue Welle gegen den Bolschewismus entfesseln. Wir müssen darauf antwor- ten:

Jeder Genosse verteidigt die ausgezeichnete Broschüre: „15 Jahre Sowjetunion“. Preis 10 Pfennig

Der kleine Sowjetbürger in der:

Zur Internationalen Arbeiterwoche vom 2. bis 8. Oktober 1932

Achtung! Hier ist der rote Kinder-Sowjet! Hallo, Proletenkind aller Länder! Seht her zu uns! Wir haben es geschafft! Wir haben uns befreit aus eigener Kraft! Wir können lachen! Denn mit uns macht sich Genoss Bauer und Genossin Mutter! Die Sowjetjugend wird nicht mehr drockert zu Unterthanen und Konsummater! Kämpf mit! Und euer Tag ist nicht mehr wehl! Die alte Welt steht auf dem letzten Beinh! Hallo, Proletenkind, seht bereit! Zur Internationalen Arbeiterwoche! Fritz Wehnert

Zur Bereitung vorzüglicher Fleischbrühe nimmt man MAGGI'S Fleischbrüh-Würfel

Wie die „Gardine“-Arbeiterinnen siegten

Der Verlauf des Streits . Nur die AOB zeigt den Weg zum Erfolg . Steigert die Kampfbereitschaft!

Der Erfolg der Gardinearbeiterinnen gegen den Lohnabbau ist ein neues Beispiel dafür, daß Arbeit zeigt, wo die Arbeiter einmütlich und geschlossen in den Kampf treten, den Sieg nicht ausschließt. Nur durch den Einsatz aller Kräfte ist es gelungen, den dem geplanten Lohnabbau zu widerstehen. Da die AOB-Mitglieder durch den Erfolg der Arbeiterinnen erlangten Erfolg in einem Erfolg des Textilarbeiterverbandes aufgingen, ist es notwendig, den Verlauf des Kampfes zu schildern.

Die Unternehmerforderung

Der von der Direktion der Gardine beschlossene Lohnabbau von 30 Prozent für die 31. bis 40. Stunde sollte die nun eingetragenen Arbeiterinnen ganz besonders hart treffen. Eine jugendliche Arbeiterin unter 18 Jahren erhält in der Stunde den Tariflohn von 21 Pfennig. Für die ersten Wochen, die sogenannte Unterzeit, erhalten sie nur 75 Prozent des Tariflohnes. Das sind 15,75 Pfennig. Bei dem angeführten Abbau sollten diese Arbeiterinnen 10 Stunden in der Woche für 11,25 Pfennig arbeiten. Der Lohn der anderen Arbeiterinnen ist ebenfalls so niedrig, daß ein weiterer Abbau untragbar ist.

Das Ultimatum der Belegschaft

Die Arbeiterinnen und Arbeiter der Abteilungen Bleicherei, Färberei, Spannerlei, Räuherei, Legerei und Wollkäuherei, in denen ungefähr ein Drittel der gesamten Belegschaft beschäftigt ist, waren durch den am vorhergehenden Tag erfolgten Lohnabbau außerordentlich empört. Sie beschlossen frühmorgens bei Arbeitsbeginn der Betriebsleitung ein Ultimatum, bis 8.30 Uhr den Anschlag zurückzugeben.

Der Kampf beginnt

Die Direktion ließ den Arbeiterinnen der betreffenden Abteilungen mitteilen, daß sie gar nicht daran denke, den Anschlag zurückzunehmen. Darauf legten die Arbeiterinnen geschlossen die Arbeit nieder. Sie blieben im Betrieb und verarmelten sich im Spinnraum, um das Ergebnis der Verhandlung abzuwarten.

Der erste Rückzug der Betriebsleitung

In der Mittagspause berichtete der Betriebsrat, daß die Betriebsleitung bereit erklärt habe, den Anschlag vorläufig zurückzunehmen. Es fand darauf eine Abstimmung darüber statt, ob unter diesen Umständen die Arbeit wieder aufgenommen werden soll. Von den 201 anwesenden Belegschaftsmitgliedern stimmten nur 22 für Abbruch des Kampfes. 179 erklärten durch ihre Abstimmung, daß der Streik solange fortgeführt wird, bis die Lohnabbauforderung bedingungslos und nicht nur vorläufig zurückgegeben wird.

Darauf erklärte die Betriebsleitung, daß alle Arbeiterinnen, die nicht sofort die Arbeit wieder aufnehmen, fristlos entlassen würden. Doch die Belegschaft ließ sich nicht einschüchtern. Einmütig und geschlossen wurde der Kampf fortgesetzt.

Wenn die Bürokraten „eingreifen“

Jetzt trat die Gewerkschaftsbürokratie auf den Plan. Der DVB-Präsident Richter nahm an den Verhandlungen mit der Betriebsleitung teil, die kurz vor Beendigung der Arbeitszeit begannen. Dort erklärte die Betriebsleitung sich bereit, den Anschlag zurückzugeben. Dem Verlangen, daß die Streikstunden in der nächsten Woche nachgearbeitet werden sollten, trug der DVB-Angestellte Rechnung. Bei der Verhandlung vor den Streikenden wurde es es dann trotzdem so beschaffen, als sei der durch den Kampf erreichte Erfolg nur durch sein Eingreifen erzielt worden. Die Streikenden nahmen das Verhandlungsergebnis nur zur Kenntnis.

Es war ein Fehler, dem Nacharbeiten der Streikstunden Rückschlagend die Zustimmung zu geben. Zweifellos müßte es möglich gewesen, die Betriebsleitung zu zwingen, auch die Streikstunden zu bezahlen, wenn der Streik heute auf den gesamten Betrieb ausgedehnt worden wäre, da sie ja schon durch den entschlossenen Kampf einiger Abteilungen zum Rückzug gezwungen wurde. Die übrigen Belegschaftsabteilungen haben noch nicht genügend die Streikenden unterstützt und haben mehr oder weniger passiv darauf gewartet, was wohl aus dem Kampf werden würde. Das hat die Stellungnahme des Verbandsbürokraten erleichtert.

Darauf werden die DVB-Bonzen nicht antworten

Wenn die Bürokraten behaupten, daß die Zurücknahme des angeführten Lohnabbau ihr Erfolg sei, so fragen die Arbeiter der Gardine mit Recht: „Aus welchem Grunde hat denn die Bürokratie bisher noch nicht den Lohnabbau in der Abteilung Spinnerei abgewehrt?“ Die Kollegen der Spinnerei haben den Anschlag, der schon vor einer vollen Woche erfolgte, nicht sofort mit dem Streik beantwortet. Ueber diese Frage verhandelt der DVB heute noch mit der Betriebsleitung. Wer hat also den Lohnabbau in den anderen Abteilungen abgewehrt? Die Bonzen — aber die Arbeiterinnen und Arbeiter selbst, die der Lösung der AOB folgten und den Versuch des Lohnabbau mit sofortiger Annahme des Kampfes beantworteten?

Tabakarbeiter, rüstet zum Verbandstag

Wählt oppositionelle Delegierte!

Nacht Schluss mit der Niederlagenstrategie der Bürokraten . Organisiert den Kampf gegen Lohnraub

Die reformistische Führung des Tabakarbeiterverbandes hat für den 21. November den Verbandstag des genannten Verbandes nach Bremen einberufen. Wer glaubte, daß die Bürokratie des Verbandes aus der gegenwärtigen Situation die nötigen Schlüsselpunkte ziehen würde und dementsprechend die Beratungen des Verbandstages gestalten würde, steht sich arg getäuscht. Die Führung des Tabakarbeiterverbandes stellt sich augenblicklich im Widerspruch zum allgemeinen AOB-Gedanken.

- Folgende Punkte haben auf der Tagesordnung:
1. Reaktivierung des Verbandstages
2. Bericht des Verbandes und des Ausschusses
3. Entschlüsse zum Verbandstag
4. Die Lage der Weltwirtschaft, Prof. W. Eggert vom AOB
5. Entschlüsse
6. Wahltag

Genau so wie der Verbandstag des AOB, soll also auch der Verbandstag der Tabakarbeiter an der Tageslage der Arbeiter dieses Berufsstandes vorübergehen. In seinem Bericht wird der Lohnabbau erwähnt, mit keinem Wort wird in der Tagesordnung etwas von der Lohnabbaufrage gesagt! Man hofft, den Verbandstag so zusammenzusetzen zu können, daß nur willkürliche Delegierte (Verbandsangehörige und Kandidaten) anwesend sind, um der ganze Verbandstag zu einer Farce, zu einer bloßen Zusammenkunft reformistischer Funktionäre wird, die sich AOB-Kommunisten „Kittchen-Labell“-Kleber anhängen!

Die Arbeiter und Arbeiterinnen müssen unter Führung der Opposition diesen Verbandstag durchbrechen! Die Opposition fordert alle Kollegen und Kolleginnen in der Tabakarbeiter auf, schon jetzt zum Verbandstag Stellung zu nehmen. Die Delegiertenmissionen finden jetzt statt. Die Opposition wird der reformistischen Führung und ihren Bonzen, die nicht kämpfen wollen und die nur dem Unternehmer nachschleichen, ihre eigenen Kandidaten, ihre eigenen Kandidaten.

Der DVB-Bürokrat ist doch überhaupt erst erschienen, als die Arbeiter durch ihren Kampf den Sieg schon praktisch erzwungen hatten.

Kampfbereitschaft ist weiter notwendig!

Die Betriebsleitung der Gardine wird zweifellos versuchen, den gestrigen abgewehrten Lohnabbau zu einem Zeitpunkt durchzuführen, der ihr günstig erscheint. Schon jetzt muß man die Namen derjenigen Kollegen zu erfahren, die angeblich zum Streik gehen wollen. Das läßt darauf schließen, daß trotz aller Versicherungen Nachgespräche geplant sind.

Was diesem Grunde muß die Solidarität zwischen dem Kampf entschlossen sein, damit in jedem Augenblick die notwendige proletarische Unterstützung erreicht werden kann. Die Kampfbereitschaft der Belegschaft ist durch den erfolgreichen Streik der Abteilungen gewachsen. Sie haben ein Beispiel gegeben. Die Solidarität hat praktisch erfahren, daß nur der von der AOB aufgegriffene Weg zum Siege führt. Erleichtert deshalb alle zu der Belegschaftsversammlung am Freitag nach Arbeitslohn!

Schikane bei der Firma V. E. Neumann in Bittau

Die Arbeiterinnen der V. E. Neumann haben besonders unter den Schikanen der beiden Lieberichter Hebert und Stabig zu leiden. Bei jedem kleinen Fehler in der Arbeit lassen sie die Arbeiterinnen kommen und schlagen sie an. Die letzten Wochen haben sie meistens die Drohung mit der Betriebsleitung ausgetauscht, ihren Bergleuten gegenüber schmeicheln die beiden Lieberichter aber gegen die Arbeiterinnen sind sie groß. Dabei soll Hebert als er noch bei Wagner und Korns am Werkstoffstand nicht die beste Arbeit geleistet haben. Jetzt will er alle erfahrenen Arbeiterinnen schuldig machen. Vorige Woche hat eine alte Arbeiterin Heberts bekommen, weil sie einen Gefährten nicht gesehen hat. Der Ober soll diese Frau sogar auf die Finger geschlagen haben. Der Betriebsrat schweigt zu diesen Dingen. Er ist nicht bereit, damit beschäftigt aufzusuchen, ob ein kommunales Mitglied im Betrieb erscheint, damit er es dem Direktor überreichen kann. Arbeiterinnen von V. E. Neumann, laßt euch von den Schmeicheleien in eurem Betrieb nicht auf den Kopf hauen, sondern treibt ihnen entschlossen entgegen!

Freiberger Arbeitsdienstler organisieren Streik

Ein Kampfausschub gebildet . Kampfgeldnis gegen jeden Diktator Lohnraub

Am Montagabend nahmen die Arbeitsdienstler von Freiberg in einer Versammlung zum Lohnabbau Stellung. Eine gute Kampfbereitschaft besteht bei den jugendlichen Arbeitern. Kollege Hebert gab zunächst Bericht von den Verhandlungen mit dem Rat der Stadt. Er kennzeichnete die arbeitserhinderliche Einstellung des Rates und schlug vor den Kampf aufzunehmen. Große Empörung bemächtigte sich der Kollegen als bekannt wurde, daß der Vertreter des Rates gestagt hätte „man wird durch die Polizei den Hauptplatz räumen lassen“ wenn die Arbeitsdienstler nicht dem Willen des Rates nachkommen. Kollege Hebert wurde am Montag fristlos entlassen. Die Versammlung brachte einmütig zum Ausdruck, daß sie in voller Solidarität den Kampf um dessen Wiedereinstellung führen wird.

Auf einigen kleineren Bauhallen hat man schon den Lohn abgebaut. Die anderen sollen folgen. Alle anwesenden Arbeitsdienstler, SPD, parteilose, AOB und kommunische, erklärten sich für den Streik.

Kollege Hempel als Vertreter der Revolutionären Gewerkschaftsopposition sprach unter lebhaftem Beifall aller anwesenden Arbeitsdienstler. Er nahm grundsätzliche politische Stellung zum Arbeitsdienst und charakterisierte dabei auch die Stellungnahme der SPD und AOB zum Arbeitsdienst. Er verwies auf die steigende Streiks der Arbeiter in allen Teilen Deutschlands und schlug für die Kollegen die praktischen Kampfmaßnahmen vor.

Nachdem Kaufmann von der AOB gesprochen, brachten die Kollegen von den Bauhallen Tatsachen der Ausbeutung und des Kampfwillens der Belegschaft zum Ausdruck. Ein Vertreter des AOB war nicht erschienen. Es wurde jedoch folgende Entschlüsse angenommen:

„Die heutige, am 2. Oktober 1932, im Gewerkschaftshaus stattfindende Versammlung der im „Freiberger“ Arbeitsdienst in Freiberg beschäftigten Arbeiter, protestiert aufs schärfste gegen den vom Rat der Stadt geplanten Sparmaßnahmen Lohnraub.“
„Wir erklären, daß wir sofort in den Streik treten, wenn man sich ermaßen würde, diese unehrliche Gestalt“

unserer Jugendvereine von 12 auf 9 Mann die Woche nachzuführen. Die Versammlung beschloß die Wahl eines vorbereitenden Kampfausschusses, bestehend aus Vertretern der Kollegen sämtlicher Arbeitsdienststellen, zur Organisation des Kampfes.

Wir wollen keinen Streikbrecher sein. Wir wollen auch den politischen Arbeiter nicht in den Rücken. Wir wollen den Kampf für die berufliche Entlohnung organisieren. Wir sind uns alle darin einig, daß gegen jede Verhinderung unserer Forderungen nur mit der Waffe des Streikes gesiegt werden kann. Die Beispiele von den zwei Bauhallen des Arbeitsdienstes wo durch Arbeitsdienstleistungen der Wägen auf 9 Mann vermindert wurde, sowie die steigende Streiks in allen Teilen Deutschlands zeigen, daß nur so, im revolutionären Kampf, die Arbeitslosigkeit erfolgreich gegen die Lohnabbauaktionen der Kapitalverwertung und ihrer Spinnweben aufzukämpfen kann.

Wir sind gewillt, den Weg zu gehen, welchen nur der Kampf einschlagen vorläßt. Nur Grund unserer Entscheidung waren wir gezwungen, den „Freiberger“ Arbeitsdienst mitzunehmen, doch wir haben unsere Absichten wissen, daß wir uns nicht als Streiker behaupten und nicht zur Streikarbeit gezwungen werden.

Wenn wir einig und geschlossen kämpfen, kann werden wir siegen!

Ein Kampfausschub von 10 Kollegen wurde gebildet. Es wurde beschlossen, sofort nach einmaliger Versammlung am Montagabend, ein Ultimatum wird an den Rat der Stadt gestellt.
Der Streik wird organisiert.
Wir Kommunisten sagen den Arbeitsdienstlern, daß sie jetzt schließt auf ihre eigene Kraft mit der übrigen Arbeiterkraft in Freiberg den Kampf aufnehmen müssen. Laßt euch nicht weiter verführen mit parlamentarischen Wägen. Die AOB wird mit den Arbeitsdienstlern für einen Sieg kämpfen.

Durchführungsbestimmungen zum Lohnabbau

Kampf gegen Lohnabbau als „Verteidigung des Tarifvertrages“

Im Reichsgesetz vom 4. Oktober wird eine neue Durchführungsbestimmung zum Lohnabbau beschlossen. Durch diese Verordnung wird bestimmt, daß Kampfbereitschaft einer Tarifpartei gegen die Durchführung der Verordnung durch die andere Partei oder ein Mitglied dieser Partei als Verletzung des Tarifvertrages gelten. Damit soll gesagt sein,

daß Gewerkschaften, die Kämpfe gegen Lohnabbau unterstützen, strafrechtlich schadenlos gemacht werden können.

Der Reichsrat schreibt in seiner Überzeugung vom 4. Oktober dazu: „Das Kabinett der Barons müßte aus den Gewerkschaften ein Stillhalteverbot für ausübende Unternehmer und Lohnabbauende Barone machen. So wird sich darin äußern . . . Die Rechtsmäßigkeit dieser Verordnung unterliegt ebenso wie die Richtigkeit der bisherigen Erklärung der gerichtlichen Rechtsprechung.“

Die SPD empfiehlt alle wiederum den „Rechtsweg“. Die Unternehmer werden von der neuen Verordnung keinen Schaden haben, denn von den den Notwendigkeiten entscheidenden Arbeitern ist nichts zu holen und die Arbeiter haben auch genug von der juristischen Diskretion.

Die Arbeiter wollen keinen Lohnabbau mehr. Die Arbeiter sind infolge der Vertreibung der Lebenshaltung gezwungen, auch Fortsetzungen auf Lohnraub zu stellen.

Jetzt Streikstreik aller Belegschaften! In dieser Streikstreikfunktion soll der Kampf der Unternehmer scheitern.

Auslieferung der Buchbinder angebrocht

Seipzig, den 4. Oktober.
Der Verband deutscher Buchbindermeister sollte den Streik nicht, die Gewerkschaften sind die einzigen Gewerkschaften, die den Streik unterstützen und den Streikern einen politischen Stand zu beschaffen, die Auslieferung der den ganzen Reich zu vor bringen.

Die Auslieferung der Buchbindermeister in Leipzig und im Reich würde nach der rechtlichen Abhängigkeit am Freitag, dem 14. Oktober, erfolgen. Die Belegschaften müssen diese rechtlichen Offensiv der Unternehmer parieren, müssen jetzt dazu übergehen, den Streik zu organisieren!

Schlichter für die Hamburger Eisenarbeiter verlängert

Wie die „Hamburger Nachrichten“ vom 4. Oktober melden, hat die Schlichter in den Hamburger Eisenarbeiten, die sich der Fortsetzung eines Lohnabbau von 120 Pfennig widersetzen, verlängert werden. Das ist ein sehr wichtiger Schritt der Streikmobilisierung der Eisenarbeiter durch die Belegschaften und die Gewerkschaften.

Zigarettenarbeiterinnen und -arbeiter!

Am Freitag, dem 7. Oktober, findet im Brandenburger Hof, Peter-Ecke Berliner Straße, 19 Uhr, eine Gewerkschaftsversammlung statt, wo über die Verhandlung vor dem Arbeitsgericht über die Klage der anwesenden Jarmolowitschinnen berichtet wird.
Alle Kolleginnen und Kollegen müssen erscheinen!

Die Delegierten haben das Wort

Genosse Böhm, Dresden, behandelt die Arbeit der Partei in den Betrieben. Sie zeigt die Tätigkeit im Textilkampfe auf. Nach nicht alle Einheiten haben in genügendem Maße verstanden, konkrete Aufgaben zu stellen, noch sind nicht alle diese Aufgaben in die einzelnen Betriebe- und Straßengruppen gedrungen. Und gerade in den Betrieben wird für die Zukunft unsere Hauptarbeit liegen, damit wir im Felde der Antifaschistischen Aktion dort, an den Stempelfabriken und den Rentenausgabenstellen die Mobilisierung um die Gewinnung der Mehrheit der Arbeiterklasse erreichen.

Genosse Schön: Die Partei hat die Lösung herausgegeben, über die Solidaritätsaußschüsse zu schaffen, um die materielle Solidaritätsaktion zu organisieren. Genossen, wir müssen selbstverständlich den Kampfwillen der Arbeiterklasse, die vorhandene Aktivität, die Bereitwilligkeit, gegen die Maßnahmen der Bourgeoisie in den Kampf zu treten, unterstützen, sowohl politisch wie auch moralisch und materiell. Und diese Solidarität der Partei zugunsten der Arbeiter ist eine unbedingte Voraussetzung, um den Kampfwillen zu verstärken. Die Solidaritätsaktion für Erwerbslose und Hungernde darf keine Wohlfehleistung sein, sondern muß in engstem Einklang stehen mit der Organisation der Massenaktionen der Erwerbslosen und der Forderungen der Arbeiter sowohl in der Verbindung der Betriebsarbeiter mit den Erwerbslosen zum gemeinsamen Kampf.

Genosse Robert, RGO-Jugend: Man muß feststellen, und der Jugendverband hat dies in seiner Sitzung auch getan und hat festgestellt, daß die Arbeit des RGO noch ungenügend ist. Wir müssen weiter feststellen, daß unsere Organisationsarbeiten in den Betrieben noch kein eigenes politisches Leben haben und nicht imstande sind, die Kämpfe der Delegierten zu führen.

Deshalb muß man mit aller Schärfe die Frage stellen, was hat die Gesamtpartei, die RGO in dieser Frage unternehmen, um die Jugendlichen für ihre ganz politischen Forderungen in den Kampf zu führen.

Die deutsche Bourgeoisie wird dazu übergehen und hat bereits das Jugendbureau geschaffen, um die Jugend militärisch zu erziehen. Hier gilt es, die größte Aufmerksamkeit darauf zu legen, denn diese Frage ist eine der wichtigsten im Kampf gegen den imperialistischen Krieg.

Genosse Heine Himmeler, Genosse! Ich möchte kurz Aufmerksamkeit auf ein Aufgabenfeld lenken, das bisher von uns nicht mit der notwendigen Konzentration bearbeitet worden ist, d. h. die Organisation der sozialpolitischen Offensiv der Arbeiterklasse gegen die soziale Reaktion. Genossen, ihr kennt die Pläne der Papen-Regierung, die darin liegen, den Staat völlig von seinen sozialen Verpflichtungen zu befreien. Papen soll dem Weg, der von Brüning vorausgegangen wurde mit Unterstützung der Sozialdemokratie. Ich glaube, daß gerade der zweite Teil der Vorberingung steht, daß Papen gewillt ist, auch die letzten Reste der heute bestehenden Sozialgesetzgebung zu befeitigen. Unsere Aufgabe muß es daher sein, auf allen Gebieten eine sozialpolitische Offensive zu entfalten, und da steht hauptsächlich für uns im Vordergrund die Organisation einer großen, breiten, geschlossenen Widerstandsbewegung aller Unterstützungsempfänger. Es steht vor uns die Mobilisierung der Millionen von Beschäftigten der Renten-, Invaliden-, Unfall-, Knappschaftsversicherung und es steht weiter vor uns die Gewinnung der großen Massen der Millionenmassen, der Anhänger von reformistischen, von kleinbürgerlich geführten sozialpolitischen Organisationen.

Das Vertrauen zur RGO wächst. Und die Stimmung der sozialpolitischen Offensiv der Arbeiterklasse gegen die RGO ändert sich. Ein Beispiel will ich nur anführen: Der Betrieb Cize, Belpitz, bezieht eine Besondere, in der der Staat befristet beschäftigt ist. Wir haben einen Vertreter des Betriebskomitees ausgesandt. Der Genosse hat zwischen den sozialdemokratischen Betriebskomitees gefahren. Die sozialdemokratischen Genossen, die Genossen mit den drei Betrieben, sagten: Wir wissen es, daß die RGO nicht die Arbeiterschaft (politisch, das sind Arbeiter, die uns unsere Führung erheben).

Was etwas zur ungenügenden Arbeit. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund hat für die nächsten Wochen eine Werbekampagne vorbereitet. Wir müssen die Gründung des ADGB, das er jetzt betriebliche Schritte führt, was natürlich ein Betrugsmittel ist, für uns ausnutzen, gegenüber der Arbeiterklasse. Wir werden in allen Organisationsarbeiten der freien Gewerkschaften nachhaken, dort, wo wir noch nicht verankert sind, unsere eigenen Genossen hineinschleusen, damit sie die Oppositionsbewegung stärker stellen.

Genosse Kramm: Die Resolution des Effi, die uns jetzt vorliegt, beschäftigt sich insbesondere mit der Frage der Gewerkschaft der Arbeiterklasse und mit der Frage der Rolle und der Lebensaufgabe der Sozialdemokratie.

Die Frage der Gewinnung der sozialdemokratischen Arbeiter und ihre Heranziehung in die Front der revolutionären Arbeiterklasse ist keine Reformfrage, sondern sie ist bedingt in der gesamten politischen Arbeit der Partei, der Streikorganisation, der Frage der Mobilisierung von Demonstrationen, der Organisation von Gewerkschaftsgruppen usw.

Die Arbeit der Zerlegung des Einflusses der Sozialdemokratie wird noch ungenügend geführt. Die SPD-Kommissionen haben die Aufgaben zu abstrakt behandelt und als Sonderarbeit betrachtet.

Unsere Genossen müssen lernen: SPD-Kommissionen und auch die Ausschüsse der Antifaschistischen Aktion müssen zusammengelegt sein aus Arbeitern aller Richtungen. Aber wenn man sie wählen lassen will, wenn man sie wählen läßt, dann bedingt das, daß unsere Genossen im Betrieb oder in den Wohngebieten vor den Betriebsräten mit einigen Arbeitern, mit Arbeitlosen, mit oppositionellen SPD-Arbeitern oder oppositionellen gewerkschaftlich organisierten Arbeitern persönlich sprechen, sie für die Arbeit gewinnen und sie dann in einer Betriebsversammlung oder dergleichen vorschlagen und wählen lassen. In der Ausschuss gewählt, muß man an die Betriebsräte, an unsere Organisationen (Reichsbanner, Turner usw.) schreiben, um die Ausbeutung und Vorbereitung zu organisieren. Antifaschistische Aktion auf höherer Stufe — d. h. Antifaschistische Aktion im Streikkampf. Wir müssen die Zerlegung der Arbeit der Partei stärken. Dazu gehört, die antifaschistische Aktionsbewegung auszubauen. Antifaschistische Aktion organisiert und geleitet von der kommunistischen Partei in jedem Ort, in jedem Betrieb.

Es folgt dann das Schlusswort des Genossen Schwann.

Textilkampf-Erfahrungen für die Arbeit

Genosse Winter, Chemnitz: Genossinnen und Genossen! Gegenwärtig befinden sich in Chemnitz 1200 Textilarbeiter im Streik. Es ist damit zu rechnen, daß die Arbeit im Laufe der Woche nach einigen Betrieben hinstromen werden. Die Situation in den Betrieben, z. B. in der Kampfabteilung in Hartz und in den Wanderverbetrieben ist ja, daß mit einer weiteren Ausbreitung des Kampfes zu rechnen ist. Wenn wir uns die Arbeit veranlassen, die wir geleistet haben und die Arbeit der Antifaschistischen Aktion oder als Helfer in den einzelnen Betrieben abstellen. Genossen überprüfen, so können wir sagen, daß mit einigermaßen begrenztem Erfolg haben eine 150 Gradige Wendung auf die Betriebe vorgenommen. Es war gut, daß die RGO und das Betriebskomitee der RGO den Beschäftigten, daß nach Abschluß der Lohnbewegung die allgemeine Mobilisierung der Arbeit und die Arbeit, die wir anwenden, daß die Arbeit für die Gesamtgrundlage für die Zukunft angerechnet werden.

Genosse Sattler, Chemnitz: Wir können feststellen, daß es zur Lösung der Hauptaufgaben eine Reihe von Mitteln und Wegen gibt. Unter diesen Mitteln steht an hervorragender Stelle die kommunistische Partei.

Wir haben sehr gute Erfolge gemacht, die Basis der Partei ist ungebrochen zu erhalten. Erstens haben wir Achtung gegenüber der wirtschaftlichen Verteilung, indem wir in immer härteren Maße auf das Kollektivbewusstsein hingewiesen haben. Das war ein Weg, der uns gute Erfolge gebracht hat. Der andere Weg ist noch viel erfolgreicher. Das ist der Weg, bei einzelnen Gelegenheiten und planmäßig an ganz bestimmten Tagen einen ungeheuren Umtrieb auf dem Wege des Einzelvertrages zu erzielen, die bei welchen Tausende von Exemplaren der Tageszeitung an die meistfertigen Schichten herangeführt. Die kommunistische Partei ist ein Organ der Massen, deren Führerin sie sein muß. Es haben jetzt, in der Mobilisierung, alles dazuzutragen, um die Massen zu mobilisieren und der Partei eine breite Basis zu geben.

Genosse Koeber, Witten, spricht über die Erwerbslosenarbeit. Festgelegt ist worden, vom 16. bis 22. Oktober in den einzelnen Betrieben eine Erwerbslosenaktion durchzuführen. Diese Kampfabteilung den Beweis erbringen, daß in den Kommunen, in den Städten die Erwerbslosen nicht gewillt sind, die Erwerbslosenarbeit weiter kampflös zu tragen.

Genosse Hermann spricht über die Verbindung der Gewerkschaftsmobilisierung mit den außerparlamentarischen Aktionen. Es wurde darauf hingewiesen, daß es jetzt für die Gemeindefortschritte darauf ankommt, in allen Gemeinden und Städten, wo Betriebsräte eingesetzt sind, sofort an die Gemeinden heranzutreten und konkrete Forderungen zu stellen, den Streikenden eine Unterstützung zu leisten. Neben diesen Aufgaben läuft jetzt unbedingt die notwendige außerparlamentarische Kampfabteilung die Widerstandsbewegung der Arbeiterklasse, die jetzt in allen Gemeinden eine Rolle spielen, und die Widerstandsbewegung der Arbeiterklasse, die großem Maße ebenfalls in allen Gemeinden eine Rolle spielen. Die Arbeit für die Gemeindefortschritte muß in jedem Ort durchgeführt werden. Wenn mit alle Kraft an uns herantritt, werden wir ein Stück weiter kommen.

Genosse Barth, Dresden: Eine der wichtigsten Aufgaben der Textilkampfs ist der Kampf an innergewerkschaftlichen Stellen. In den Betrieben ist es notwendig, nicht alle Arbeiter in die Kampfaktionen zu ziehen, sondern es ist notwendig, die Kampfaktionen in den Betrieben zu organisieren, um auch auf dem Gebiet der Gewerkschaften die Kampfaktionen zu organisieren. In der letzten Zeit ist die Reichsbannerbewegung in Chemnitz zu übergegangen, 40000 Arbeiter sind in die Kampfaktionen der Reichsbannerbewegung eingetreten. Wir haben jetzt fest, daß im Reichsbanner-Komitee ein Komitee einer Abteilung, in der noch vor zwei Wochen ein Komitee bestanden waren, diese 800 Arbeiterinnen in der Kampfaktion, bis auf 40 Arbeiterinnen gekündigt wurden. Die Reichsbannerbewegung „Sturm“ nimmt Entlohnungen, was uns zeigt, daß die Reichsbannerbewegung nicht alle die Arbeiter, die in der Kampfaktion über in der Partei organisiert sind.

Genosse Dohren, Böhle-Obereben: Die SPD-Arbeiter werden bestimmt an uns herantritt und fragen: Was ist die Aufgabe der Arbeiter in der Kampfaktion? Darauf können wir die Arbeiter sagen: Es ist euch recht, wenn wir die Arbeiter in die Kampfaktionen ziehen, die den Arbeitern auszusprechen sind, die nur auszubehende Beamte, wir können nicht anders, wir müssen das tun, was uns der kapitalistische Staat auferlegt. Wir wollen Vertreter, die gegen den kapitalistischen Staat kämpfen.

Genosse Schreiber, Cottbus: Wenn die Arbeiter in ihren Kämpfen helfen können, ist es für sie ein wichtiger, diese Kämpfe siegen zu führen. Sie brauchen dazu die Kleinrentnerbetriebe und die Arbeiterbetriebe. Der Kampf ist es wichtig, die Arbeiter in die Kampfaktionen zu ziehen.

Reinigungsbetriebe für unsere Fahne zu gewinnen

Reinigungsbetriebe für unsere Fahne zu gewinnen, denn ihnen ist es unmöglich, in Haus und Hof eine Fahne zu haben. Die Nazis haben gerade unter diesen Arbeitern eine große Anhängerschaft, weil sie ihnen versprochen, daß sie eigenen Grund und Boden bekommen werden. Das aber ist eine glatte Unmöglichkeit.

Zur Solidaritätsaktion müssen wir vor allem bei den Reinigungsbetrieben die Frage zu stellen, daß mit dem fahrenden Lohn auch die Kaufkraft der Arbeiterklasse sinkt und demzufolge die Gehälter dieser Schichten in Frage gestellt sind.

Genosse Jäger (RGO): Wir haben die wichtigsten Aufgaben. Die RGO erregt große Aufmerksamkeit, wir haben neue Arbeiter in der RGO rekrutiert. Die Arbeiter haben bei ihrem letzten Angriff bei der Durchführung der Kampfabteilung Betriebe herausgegriffen, wo wir kein organisatorisches Fundament haben. Dort sind die Unternehmer gegen uns. Es ist nicht in den Betrieben vorzugehen, wo wir keine organisatorischen Grundlagen haben, wo wir die Betriebe streikfertig gemacht haben.

Mordfeme im Braunen Haus

Merkwürdige Zusammenhänge zwischen Reichsbanner und SA-Führung

Am Montag fand in München ein politischer Prozeß statt, der die Aufmerksamkeit der Reichsbannerer brachte, daß im Braunen Haus ein Prozeß eine gegen mitleidige Mitglieder aufgezogen wurde. Die SPD-Zeitung in München hat vor einiger Zeit Artikel veröffentlicht, in denen die Reichsführer Buch, Schulz, Schulz und Schwarz belächelt wurden. Reichsbannerzeitung hat der Hauptbeschuldigte Major Buch nicht gefügt, das Befolgen hat nur nebenbei genannten Jemendüber Schulz und Schwarz. Außerdem ist charakteristisch, daß die als Zeugen genannten Hauptmann Köhn, Graf Du Roulin-Edert, Graf Grotz um nicht vor Gericht erschienen, und im Jahre 30 Mart (Militär) abstrahieren ließen, als die Wahrheit über die Mordfeme vor Gericht auszusagen.

Die entscheidenden Auslagen mochten zwei Zeugen, Bell und ein Reichsbannermajor Mart. Der Hauptmann Bell, gegen den ein Mordanschlag der Braunen Feme gerichtet hatte, sollte eine Zusammenkunft mit Köhn und dem Reichsführer Schweighardt. Dabei erklärte Schweighardt: „Ein Wort von mir bei der Polizeidirektion würde genügen, daß die ganze Sache — d. h. die Reichsführung der NSDAP — ins Zuchthaus käme.“

Die entscheidenden Auslagen mochten zwei Zeugen, Bell und ein Reichsbannermajor Mart. Der Hauptmann Bell, gegen den ein Mordanschlag der Braunen Feme gerichtet hatte, sollte eine Zusammenkunft mit Köhn und dem Reichsführer Schweighardt. Dabei erklärte Schweighardt: „Ein Wort von mir bei der Polizeidirektion würde genügen, daß die ganze Sache — d. h. die Reichsführung der NSDAP — ins Zuchthaus käme.“

Infame Hege der Volkszeitung

Die Dresdener Volkszeitung schrieb am 3. Oktober über den Verfehrstreik in Hamburg u. a.: „Ursprünglich bestand bei den Streikenden auch die Pflicht, einen beständigen Verkehr auf den Hauptbahnhöfen der Weidendorfer Bahn und der Langenberger Bahn zuzulassen. Wegen zu erwartender Terroraktionen der SA haben die Streikenden aber die Pflichten aufgegeben. Es soll deshalb auf diesen Strecken die Teno eingeleitet werden.“

Das ist nicht nur über die Hege gegen die Streikenden, sondern auch der ganz offensichtliche Verlust, den inzwischen erfolgten Einmarsch der Teno zu rechtfertigen.

Und das hat die SPD-Bresse allerdings nötig. Denn der Hamburger Koalitionsrat, in dem die SPD-Führer maßgebend vertreten sind, hat gegen die Streikenden die schärfste Zensur ausgesprochen.

SPD-Arbeiter, Gewerkschaftler! Seid ihr nicht auch der Ansicht, daß durch solche Taten der SPD-Führer die Schmach der Partei des Kapitals untergraben wird?

Was ihr das erkennt, so macht Front gegen die nachfolgende SPD-Politik! Reicht euch ein in die Streikfront!

Genossen! Die SPD-Zeitung in München hat vor einiger Zeit Artikel veröffentlicht, in denen die Reichsführer Buch, Schulz, Schulz und Schwarz belächelt wurden. Reichsbannerzeitung hat der Hauptbeschuldigte Major Buch nicht gefügt, das Befolgen hat nur nebenbei genannten Jemendüber Schulz und Schwarz. Außerdem ist charakteristisch, daß die als Zeugen genannten Hauptmann Köhn, Graf Du Roulin-Edert, Graf Grotz um nicht vor Gericht erschienen, und im Jahre 30 Mart (Militär) abstrahieren ließen, als die Wahrheit über die Mordfeme vor Gericht auszusagen.

Die entscheidenden Auslagen mochten zwei Zeugen, Bell und ein Reichsbannermajor Mart. Der Hauptmann Bell, gegen den ein Mordanschlag der Braunen Feme gerichtet hatte, sollte eine Zusammenkunft mit Köhn und dem Reichsführer Schweighardt. Dabei erklärte Schweighardt: „Ein Wort von mir bei der Polizeidirektion würde genügen, daß die ganze Sache — d. h. die Reichsführung der NSDAP — ins Zuchthaus käme.“

Die entscheidenden Auslagen mochten zwei Zeugen, Bell und ein Reichsbannermajor Mart. Der Hauptmann Bell, gegen den ein Mordanschlag der Braunen Feme gerichtet hatte, sollte eine Zusammenkunft mit Köhn und dem Reichsführer Schweighardt. Dabei erklärte Schweighardt: „Ein Wort von mir bei der Polizeidirektion würde genügen, daß die ganze Sache — d. h. die Reichsführung der NSDAP — ins Zuchthaus käme.“

Die entscheidenden Auslagen mochten zwei Zeugen, Bell und ein Reichsbannermajor Mart. Der Hauptmann Bell, gegen den ein Mordanschlag der Braunen Feme gerichtet hatte, sollte eine Zusammenkunft mit Köhn und dem Reichsführer Schweighardt. Dabei erklärte Schweighardt: „Ein Wort von mir bei der Polizeidirektion würde genügen, daß die ganze Sache — d. h. die Reichsführung der NSDAP — ins Zuchthaus käme.“

Die entscheidenden Auslagen mochten zwei Zeugen, Bell und ein Reichsbannermajor Mart. Der Hauptmann Bell, gegen den ein Mordanschlag der Braunen Feme gerichtet hatte, sollte eine Zusammenkunft mit Köhn und dem Reichsführer Schweighardt. Dabei erklärte Schweighardt: „Ein Wort von mir bei der Polizeidirektion würde genügen, daß die ganze Sache — d. h. die Reichsführung der NSDAP — ins Zuchthaus käme.“

Die entscheidenden Auslagen mochten zwei Zeugen, Bell und ein Reichsbannermajor Mart. Der Hauptmann Bell, gegen den ein Mordanschlag der Braunen Feme gerichtet hatte, sollte eine Zusammenkunft mit Köhn und dem Reichsführer Schweighardt. Dabei erklärte Schweighardt: „Ein Wort von mir bei der Polizeidirektion würde genügen, daß die ganze Sache — d. h. die Reichsführung der NSDAP — ins Zuchthaus käme.“

Die entscheidenden Auslagen mochten zwei Zeugen, Bell und ein Reichsbannermajor Mart. Der Hauptmann Bell, gegen den ein Mordanschlag der Braunen Feme gerichtet hatte, sollte eine Zusammenkunft mit Köhn und dem Reichsführer Schweighardt. Dabei erklärte Schweighardt: „Ein Wort von mir bei der Polizeidirektion würde genügen, daß die ganze Sache — d. h. die Reichsführung der NSDAP — ins Zuchthaus käme.“

Die entscheidenden Auslagen mochten zwei Zeugen, Bell und ein Reichsbannermajor Mart. Der Hauptmann Bell, gegen den ein Mordanschlag der Braunen Feme gerichtet hatte, sollte eine Zusammenkunft mit Köhn und dem Reichsführer Schweighardt. Dabei erklärte Schweighardt: „Ein Wort von mir bei der Polizeidirektion würde genügen, daß die ganze Sache — d. h. die Reichsführung der NSDAP — ins Zuchthaus käme.“

Die entscheidenden Auslagen mochten zwei Zeugen, Bell und ein Reichsbannermajor Mart. Der Hauptmann Bell, gegen den ein Mordanschlag der Braunen Feme gerichtet hatte, sollte eine Zusammenkunft mit Köhn und dem Reichsführer Schweighardt. Dabei erklärte Schweighardt: „Ein Wort von mir bei der Polizeidirektion würde genügen, daß die ganze Sache — d. h. die Reichsführung der NSDAP — ins Zuchthaus käme.“

Die entscheidenden Auslagen mochten zwei Zeugen, Bell und ein Reichsbannermajor Mart. Der Hauptmann Bell, gegen den ein Mordanschlag der Braunen Feme gerichtet hatte, sollte eine Zusammenkunft mit Köhn und dem Reichsführer Schweighardt. Dabei erklärte Schweighardt: „Ein Wort von mir bei der Polizeidirektion würde genügen, daß die ganze Sache — d. h. die Reichsführung der NSDAP — ins Zuchthaus käme.“

Die entscheidenden Auslagen mochten zwei Zeugen, Bell und ein Reichsbannermajor Mart. Der Hauptmann Bell, gegen den ein Mordanschlag der Braunen Feme gerichtet hatte, sollte eine Zusammenkunft mit Köhn und dem Reichsführer Schweighardt. Dabei erklärte Schweighardt: „Ein Wort von mir bei der Polizeidirektion würde genügen, daß die ganze Sache — d. h. die Reichsführung der NSDAP — ins Zuchthaus käme.“

Die entscheidenden Auslagen mochten zwei Zeugen, Bell und ein Reichsbannermajor Mart. Der Hauptmann Bell, gegen den ein Mordanschlag der Braunen Feme gerichtet hatte, sollte eine Zusammenkunft mit Köhn und dem Reichsführer Schweighardt. Dabei erklärte Schweighardt: „Ein Wort von mir bei der Polizeidirektion würde genügen, daß die ganze Sache — d. h. die Reichsführung der NSDAP — ins Zuchthaus käme.“

Zur Sachsenkonferenz der Papierarbeiter am 9. Oktober in Chemnitz müssen alle Papierbetriebe Delegierte senden

